Friedemann Vogel
Linguistik rechtlicher Normgenese

Sprache und Wissen

Herausgegeben von
Ekkehard Felder

Wissenschaftlicher Beirat

Markus Hundt · Wolf-Andreas Liebert
Thomas Spranz-Fogasy · Berbeli Wanning
Ingo H. Warnke · Martin Wengeler

9

De Gruyter

Friedemann Vogel

Linguistik rechtlicher Normgenese

Theorie der Rechtsnormdiskursivität
am Beispiel der Online-Durchsuchung

De Gruyter

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

ISBN 978-3-11-027830-9
e-ISBN 978-3-11-027839-2
ISSN 1612-443X

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

A CIP catalogue record for this book is available from the Library of Congress.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2012 Walter de Gruyter GmbH & Co. KG, Berlin/Boston

Gesamtherstellung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

Bildnachweis (Umschlag): Christopher Schneider, Laufen

∞ Gedruckt auf säurefreiem Papier

Printed in Germany

www.degruyter.com

Vorwort

Die Utopie des Ausfahrens zielt immer auch heim.

Mein Vater

Die interdisziplinäre Arbeit, zumal in der Domäne des Rechts, birgt für SprachwissenschaftlerInnen viele Risiken, sich auf fremdem Terrain zu verirren. Umso mehr gilt mein herzlicher Dank zunächst meinen Betreuern Ekkehard Felder und Rainer Wimmer, meinen Kollegen Marcus Müller, Jochen Bär und Klaus-Peter Konerding sowie der Heidelberger Arbeitsgruppe aus LinguistInnen und JuristInnen (insbesondere Friedrich Müller und Ralph Christensen), die mir alle in kontroversen Diskussionen immer wieder mit Rat und Anregungen zur Seite standen.

Dem Emeritus und Menschenrechtler Wolf-Dieter Narr verdanke ich nicht nur die Möglichkeit, gelegentlich in seinem „Institutchen“ Zuflucht für konzentriertes Arbeiten nehmen zu können. Er hat mir darüber hinaus einen engagierten Zugang zu Menschenrechten vermittelt, wie er mir zuvor unbekannt war.

Mein Dank gilt ferner Ursula Fuchs und Michael Kolain für die zahlreichen Gespräche, anregenden Diskussionen und umsichtigen Korrekturen.

Der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie der Heidelberger Graduiertenschule für Geistes- und Sozialwissenschaften danke ich schließlich für die ideelle und materielle Unterstützung, ohne die meine Arbeit langwieriger und aufwendiger gewesen wäre: ich wünsche eine solche Unterstützung allen Promovierenden – und nicht nur einer mehr oder weniger sozialen Elite (vgl. HIS: 2009).

Der Universität Regensburg danke ich für die freundliche Anerkennung der Arbeit, die Verleihung des Förderpreises *Sprache und Recht* 2011.

Meinen Eltern, dem Gärtnermeister und Arbeitserzieher Rainer Vogel und der Floristin Renate Vogel, widme ich auch diese Arbeit. Ohne ihre fortwährenden Mühen und Kraftaufwendungen hätten es ihre fünf Kinder vielleicht nie an die Universität geschafft –, wäre die vorliegende Arbeit als Ergebnis „musischer“ Kopfarbeit (Bourdieu) nie möglich gewesen.

Heidelberg, den 11.05.2011

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Abbildungsverzeichnis	XVII
Einführung und Gegenstandsbestimmung	1
1 Einführung: Gesellschaftskonflikte im Spiegel der Sprache.	1
2 Erkenntnisinteresse der Untersuchung	4
3 Zu Notation und Aufbau der Arbeit.	6
Teil I – Normgenese im Gesetzgebungsverfahren aus rechts- und diskurslinguistischer Perspektive:	
Empirische Studie am Beispiel der Online-Durchsuchung	9
1 Einführung	9
2 Hintergründe der Untersuchung: Prämissen, Methoden, Korpora	10
2.1 Forschungshintergrund der vorliegenden Studie.	10
2.2 Untersuchungsdesign: Methodenset und Textkorpus	36
2.2.1 Qualitative und quantitative Methoden rechtslinguistischer Diskursanalyse	36
2.2.2 Textkorpora – Grundlage der Untersuchung	46
3 Überblick zur Normgenese der Online-Durchsuchung	58
3.1 Historisch-diskursive Hintergründe und Ereignisetappen einer rechtlichen Norm: Die Online-Durchsuchung.	58
3.1.1 Innere Sicherheit.	58
3.1.2 Innenpolitische Sicherheitspakete seit 2001.	62
3.1.3 Das Bundeskriminalamt (BKA)	65
3.1.4 Die ONLINE-DURCHSUCHUNG: Normgenese in 10 Etappen	67
3.2 Zentrale Kontexte, Akteure und Kontexte der OD.	77
3.2.1 Die Exekutive	77
3.2.2 Die Legislative.	79
3.2.3 Die Judikative.	82

3.2.4	IT- und Rechtswissenschaft	82
3.2.5	Die Medien	83
3.3	Semantische Kämpfe: Agonale Zentren umstrittener Sachverhalte bzw. Referenzobjekte in der Debatte zur OD. . .	84
4	Diachrone und synchrone Normgenese der Online-Durchsuchung aus rechtslinguistischer Perspektive	88
4.1	Normgenese der Online-Durchsuchung im Kontext von Exekutive, Legislative und Judikative	88
4.1.1	– 20.02.2006: Präludium: Diskursereignisse bis zur ersten bekannt gewordenen BGH-Entscheidung. OD als ›nachrichtendienstliches Mittel‹	89
4.1.2	21.02.2006 – 24.11.2006: Positive BGH-Entscheidung bis zur ersten negativen BGH-Entscheidung. OD als ›Eingriffsbefugnis im Strafverfahren‹.	99
4.1.2.1	Strafprozessuale Ermächtigung für OD nach §§ 102ff. StPO	99
	Rechtslinguistischer Exkurs zu ›Durchsuchung‹ und Durchsuchungsformen nach der Strafprozessordnung (StPO).	99
4.1.2.2	Reaktionen auf die Entscheidung des Ermittlungsrichters in der Exekutive	109
4.1.2.3	Die OD erstmals in der Legislative	112
4.1.3	25.11.2006 – 30.01.2007: Erste negative BGH-Entscheidung bis zur Entscheidung des 3. Strafsenats des BGH. OD ›ohne strafprozessuale Grundlage‹	116
4.1.3.1	Erneute BGH-Entscheidung: Keine OD nach §§ 102 StPO	116
4.1.3.2	Reaktionen auf die neuerliche BGH-Entscheidung in der Legislative	120
4.1.4	31.01.2007 – 09.10.2007: Entscheidung des 3. Strafsenats des BGH bis zur mündlichen Verhandlung vor dem BVerfG. Neue Voraussetzungen de lege ferenda für OD?	128
4.1.4.1	Entscheidung des 3. Strafsenats des BGH	128
4.1.4.2	Initiative im BR zur Schaffung einer strafprozessualen Grundlage für OD	131
	Rechtslinguistischer Exkurs zum Konzept ›Kernbereich(sschutz)‹ in der verfassungsrechtlichen Dogmatik	135

4.1.4.3	VORAUSSETZUNGEN de lege ferenda für OD im BT.	137
4.1.4.4	Anteilnahme des Bundesdatenschutzbeauftragten	141
4.1.4.5	Strafprozessuale Ermächtigung für ‚offene‘ OD	142
4.1.4.6	Erster Referentenentwurf zur Novellierung des BKAG.	146
4.1.4.7	Auseinandersetzung zwischen BMI und BMJ bzw. Unions- und SPD-Fraktion	151
4.1.4.8	Reaktionen im BT: Legitimations- und Delegitimation zukünftiger Normtextinitiativen	159
4.1.5	10.10.2007 – 26.02.2008: Mündliche Verhandlung vor dem BVerfG bis zum Urteil zum VSG-NRW. OD ›als angegriffene Landesregelung‹.	165
4.1.6	27.02.2008 – 03.06.2008: Urteil des BVerfG zum VSG-NRW bis Kabinettsbeschluss zum BKAG-E. Ein „neues Grundrecht“ und seine Folgen für OD.	178
4.1.6.1	Urteil des BVerfG zum VSG NRW	178
	Rechtslinguistischer Exkurs zu Eingriffsschwellen bzw. Tatbestandsvoraussetzungen im präventiven Polizeirecht.	187
4.1.6.2	Kontextualisierung der BVerfGE in der Legislative	196
4.1.6.3	Die BVerfGE im zweiten Gesetzesentwurf zur Novellierung des BKAG	202
4.1.6.4	Gesetzesinitiative im BR zur Verankerung von OD in der StPO.	209
4.1.7	04.06.2008 – 11.11.2008: Kabinettsbeschluss zum BKAG-E bis zur ersten Annahme des BKAG-E im BT. OD in der Kontroverse der SV.	215
4.1.7.1	Die OD als Drucksache (BKAG-E in Regierungsfassung).	215
4.1.7.2	Kabinettsbeschluss und erste Beratung zum BKAG-E im BT.	221
4.1.7.3	Beratung und Stellungnahme des BR zum BKAG-E (1. Durchgang)	226
4.1.7.4	Beratung, Anhörung von SV und Empfehlungen der Ausschüsse zum BKAG-E	229
4.1.7.5	Ein Nebenschauplatz: Verankerung der Verfassungsrechtssprechung im GG?	243

4.1.8	12.11.2008 – 27.11.2008: Annahme des BKAG-E im BT bis zur Zustimmungsentzug des BR im 2. Durchgang. OD auf dem Weg zur formellen Norm.	246
4.1.9	28.11.2008 – 01.01.2009: Zustimmungsentzug des BR im 2. Durchgang bis Inkrafttreten des BKAG-E. OD als formelles Recht.	248
4.1.10	02.01.2009 – Nachspiel: Verfassungsklage gegen das BKAG. OD als ›angegriffene Bundesnorm‹.	250
4.1.11	Synopse handlungsleitender Konzepte von Befürwortern und Gegnern der Legislative (unter Berücksichtigung quantitativer Analysen).	253
4.1.12	Zwischenfazit	262
4.2	Normgenese der Online-Durchsuchung im Kontext rechtswissenschaftlicher Literatur	266
4.2.1	Agonale Zentren im rechtswissenschaftlichen Diskurs vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (- 27.02.2008)	266
4.2.2	Agonale Zentren im rechtswissenschaftlichen Diskurs nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (27.02.2008 -)	276
4.2.3	Nach Inkrafttreten des BKAG-E (01.01.2009 -)	284
4.2.4	Zwischenfazit	285
4.3	Normgenese der Online-Durchsuchung im Kontext ausgewählter Medien und Ereignisse	288
4.3.1	Überblick zur diachronen Konstitution des Mediendiskurses zur OD	288
4.3.2	Divergente Ko(n)textualisierungen ausgewählter Sachverhalte und Referenzobjekte im Mediendiskurs zur OD	293
4.3.2.1	Die ALLGEMEINE LEBENSWELT: ›Die Welt des latenten Terrorismus‹ vs. ›Die Überwachungsgelüste des unkontrollierten Staates‹	293
4.3.2.2	Die EREIGNISSE im Mediendiskurs	294
	A. EXEKUTIVE und LEGISLATIVE EREIGNISSE	294
	B. JUDIKATIVE EREIGNISSE	296

4.3.2.3	Die AKTEURE im Mediendiskurs	299
	A. BEFÜRWORDER und GEGNER	299
	B. BReg und die FRAKTIONEN UNION, SPD und FDP	300
	C. ZYPRIES und SCHÄUBLE	302
	D. Die GERICHTE (BGH und BVerfG)	303
4.3.2.4	Die LEBENSWELT der ONLINE-DURCHSUCHUNG.	303
	A. Die OD als GANZES.	303
	B. ZIELOBJEKTE (ITS).	306
	C. HINTERGRUNDINTENTION und ZWECK von OD	306
	D. Der EINGRIFFSVORGANG	307
	E. Die FOLGEN von OD	308
	F. Die VORAUSSETZUNGEN für OD.	309
4.3.2.5	Das GGVIIS	311
4.3.3	Die Online-Durchsuchung in Bildern.	313
4.4	Zwischenfazit	317
5	Zusammenfassung der Norm- und Text-Genese der OD	318
Teil II – Elemente einer Theorie der Rechtsnormdiskursivität.		
Textstufen der Normgenese und sprachliche Mittel		
des Geltungsanspruchs Norm-konstituierender Akteure		
1	Einführung	325
2	Mikroebene der Rechtsnormdiskursivität	326
2.1	Rechtliche Normen als Wissensrahmen und Teil kognitiver Verarbeitungsprozesse	326
2.2	Modelle kognitiver Normrepräsentation: die Strukturen des Wissens	327
2.3	Die sprachliche Konstitution von Wissen: Zur Semiotik von rechtlichen Normen.	333
2.4	Normen-Semantik im Spannungsfeld von Alltags- und Fachwissen	338
2.5	Zwischenresümee und die Grenzen kognitiver Normsemantik	347
3	Zur sozialen (Re)Konstruktivität von Normsemantik (Mesoebene der Rechtsnormdiskursivität).	348
3.1	Die soziale Konstruktion von Welt und Wissen	349
3.2	Sprachliche Handlungen als soziale Handlungen in kommunikativen Räumen.	352

3.3	Rechtssprachliches Handeln und quasi-kommunikative Vermittlung von rechtlichen Normen	356
3.3.1	Normkonstitution in der juristischen Textarbeit.	358
3.3.2	Normkonstitution in lokalen Kommunikationsräumen der Legislative, Judikative, Exekutive, (Rechts-) Wissenschaft sowie der Medienberichterstattung.	360
3.3.2.1	Legislative Kommunikationskontexte der Normgenese . . .	361
3.3.2.2	Exekutive Kommunikationskontexte der Normgenese . . .	369
3.3.2.3	Judikative Kommunikationskontexte der Normgenese . . .	377
3.3.2.4	(Rechts-)Wissenschaftliche Kommunikationskontexte der Normgenese	383
3.3.2.5	Mediale Kommunikationskontexte der Normgenese.	386
3.3.3	Zwischenresümee oder: zu den Grenzen sozialkonstruktiver Normgenese	391
4	Rekursive Transkriptivität des Rechts (Makroebene der Rechtsnormdiskursivität).	392
4.1	Zur Diskursivität von rechtlichen Normen	393
4.2	Normgenese als Prozess progressiver Transkriptivität in Fach- und Laiendiskursen	396
4.3	Judikative Normgenese: Textstufen der Rechtsarbeit vor Gericht	398
4.4	Norm(text)konkretisierung ex ante: Textstufen der Rechtsarbeit im Gesetzgebungsverfahren.	400
5	Sprachliche Mittel des Geltungsanspruchs im Kontext der Normgenese	404
5.1	Autorität im Ausdruck	406
5.2	Autorität durch Anthropomorphisierung von Ausdrücken und Texten	409
5.3	Autorität durch Texte	410
5.4	Autorität in impliziten und expliziten Verweisungen	413
5.5	Autorität durch grammatische Geltungskonstituenten	422
Teil III – Resümee zentraler Ergebnisse und Ausblick: Konsequenzen für Gesetzgebung und Rechtsauslegung.		431
Bibliographie.		437
Anhang.		457

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
ADrs.	Ausschussdrucksache (Offizielle Drucksache zur Kenntnis der Mitglieder in den dazugehörigen parlamentarischen Ausschüssen)
AG	Arbeitsgericht
AkW	Akustische Wohnraumüberwachung (§ 100c StPO)
ART	Artikel des Grundgesetzes es (referenzseitig)
Art.	Artikel
BAK	Bundesanwaltskammer
bayPAG	Bayrisches Polizeiaufgabengesetz
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BEFW / BefW	Befürworter von OD (referenzseitig)
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHE	Entscheidung eines BGH-Richters
BGH-E1	Erste Entscheidung des BGH-Ermittlungsrichters (BGH, 3 BGs 31/2006)
BGH-E2	Zweite Entscheidung des BGH-Ermittlungsrichters (BGH, 1 BGs 184/2006)
BGH-S	Entscheidung des 3. Strafsenats des BGH zur OD (BGH StB 18/06)
BGleiG	Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesverwaltung und in den Gerichten des Bundes
BGS	Bundesgrenzschutz
BK	s. BKA
BKA	Bundeskriminalamt
BKAG	Bundeskriminalamtsgesetz
BKAG-E	Normtextentwurf des BKAG
BMI	Bundesministerium des Innern / Bundesminister für Inneres
BMJ	Bundesjustizministerium / Bundesministerin der Justiz
BND	Bundesnachrichtendienst
BNDG	Bundesnachrichtendienstgesetz
BPol	Bundespolizei
BPolG	Bundespolizeigesetz
BR	Bundesrat
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BReg	Bundesregierung

BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BSIG	Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BT	Bundestag
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVERFG	Bundesverfassungsgericht (referenzseitig)
BVERFGE	Entscheidung des BVerfG (ohne Zusatzangaben: BVerfGE zum VSG NRW: BVerfGE 120, 274)
BVerfSchG	Bundesverfassungsschutzgesetz
CCC	Chaos Computer Club
CDA	Critical Discourse Analysis
CDU	Christlich Demokratische Union
CKÜ	Übereinkommens über Computerkriminalität
CSU	Christlich Soziale Union
DAV	Deutscher Anwaltsverein
DBT (Polizei)	Polizei beim Bundestag
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEMO	Demonstration (referenzseitig)
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DIMEAN	Diskurslinguistische Mehr-Ebenen-Analyse
DIP	Dokumentations- und Informationszentrums des Bundestags
Drs.	Drucksache(n) (des Bundestags)
DV	Dienstvorschrift
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EU	Europäische Union
FAS	Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FBI	Federal Bureau of Investigation (USA)
FDP	Freie Demokratische Partei
FR	Frankfurter Rundschau
FV	Siglum des Verfassers (Friedemann Vogel)
GBA	Generalbundesanwalt /-wältin
GE	Gesetzesentwurf
GEG	Gegner von OD (referenzseitig)
GFA	Gesetzesfolgenabschätzung
GfdS	Gesellschaft für deutsche Sprache
GG	Grundgesetz
GGEB	Gesetzgebung
GGO	Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien
GGVIiS	Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme (Art. 1 Abs. 1 i.V.m. Art. 2 Abs. 1 GG)
GIZ	Gemeinsames Internetzentrum (Informelles Zentrum zur Terrorabwehr)

GOBr	Geschäftsordnung des Bundesrats
GOBt	Geschäftsordnung des Bundestags
GTAZ	Gemeinsames Terrorabwehrzentrum
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HFR	Humboldt Forum Recht
ID	Identifikationsnummer (Anhang)
IKT	Informations- und Kommunikationstechnik
IM	Inoffizieller Mitarbeiter (Nachrichtendienstmitarbeiter der DDR)
IMK	Innenministerkonferenz
IP	Internetprotokoll (IP-Adresse)
IT	Informationstechnik (referenzseitig)
ITS	Informationstechnisches System (referenzseitig)
KDA	Kritische Diskursanalyse
KK	Karlsruher Kommentar
KWIC	Keywords in Context
LfV	Landesamt für Verfassungsschutz
LKA	Landeskriminalamt
LLR	Log-Likelihood-Ratio (Statistisches Signifikanzmaß)
LReg	Landesregierung
MAD	Militärischer Abschirmdienst
MADG	Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst
MD	Ministerialdirigent
MWE	Mehrworteinheit
ND	Neues Deutschland (Medium)
nd-Mittel	Nachrichtendienstliche Mittel (nach § 8 II i.V.m. § 9 I BVerfSchG)
NGO	Non-Governmental Organization
NGram	N-Gramme / s. MWE
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NKRG	Gesetz zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
OD	Online-Durchsuchung (referenzseitig)
OK	Organisierte Kriminalität
OLG	Oberlandesgericht
OStA	Oberstaatsanwalt(schaft)
PC	Personalcomputer (Desktop-Computer)
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PKgr	Parlamentarisches Kontrollgremium
Ppr	Plenarprotokoll
PSIS	Programm zur Stärkung der Inneren Sicherheit
QTKÜ	Quellen-Telekommunikationsüberwachung
RAF	Rote Armee Fraktion

RAM	Arbeitsspeicher
RFS	Remote Forensic Software (Offizielle Bezeichnung für OD-Software)
RiS	Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 I i.V.m. Art. 1 I GG)
RKPA	Nationalsozialistisches Reichskriminalamt (Vorgängerinst. des BKA)
Rspr.	Rechtsprechung
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StA	Staatsanwalt(schaft)
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StS	(Parlamentarischer) Staatssekretär
SV	Sachverstände(r)
SZ	Süddeutsche Zeitung
TGB	Terrorismusbekämpfungsgesetz
TKG	Telekommunikationsgesetz
TKÜ	Telekommunikationsüberwachung (§ 100a StPO)
TKÜV	Telekommunikationsüberwachung-Verordnung
USA	United States of America
UWV	Usuelle Wortverbindung(en)
VA	Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat
VDSG	Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG
Ver.di	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
VSG NRW	Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen
WAZ	Westdeutsche Allgemeine Zeitungsvlagsgesellschaft (Mediengruppe)

Abbildungsverzeichnis

1. Eigene Abbildung: Illustration des methodischen Analysemodells im Semiotischen Dreieck	43
2. Eigene Abbildung: Diachrone Verteilung der Texte im Medienkorpus	57
3. Eigene Abbildung: Konstitution von VORAUSSETZUNGEN de lege lata für den Einsatz von OD durch das BfV aus Perspektive der Exekutive	95
4. Eigene Abbildung: Konstitution von VORAUSSETZUNGEN de lege lata für den Einsatz von OD durch MAD und BND aus Perspektive der Exekutive	96
5. Eigene Abbildung: Konstitution von strafprozessualen VORAUSSETZUNGEN de lege lata für OD aus der Perspektive des Ermittlungsrichters am BGH	108
6. Eigene Abbildung: Konstitution von strafprozessualen VORAUSSETZUNGEN de lege lata für OD aus der Perspektive des (zweiten) Ermittlungsrichters am BGH	120
7. Eigene Abbildung: Konstitution von EINGRIFFSVORGANG, FOLGEN und VORAUSSETZUNGEN de lege ferenda für OD aus Perspektive der Exekutive	158
8. Eigene Abbildung: Konzeptstruktur der EINGRIFFSSCHWELLE im Urteil des BVerfG zum VSG NRW	194
9. Eigene Abbildung: Verweisungen und Rekurse unter den Kommunikanten der Innenausschussitzung	240
10. Eigene Abbildung: Synchroner Textverteilung im Medienkorpus	288
11. „Mehr Sicherheit gegen Hacker!"; © Klaus Stuttmann; http://it-material.de/2010/02/firewall/	298
12. Eigene Abbildung: Diachrone Verteilung des Ausdrucks Online-Fahndung im Medienkorpus	304
13. Foto: <i>Online-Durchsuchung. Überwachungszentrum in Berlin. Auf dem Radar.</i> © Michael Kappeler / ddp images / dapd	313
14. Karikatur zur Online-Durchsuchung; © Christian Hayungs	314
15. Karikatur zur Online-Durchsuchung; © Deutscher Journalisten-Verband; http://frei.djv-online.de/die-bka-onlinedurchsuchung-laeuft-an-mit-kleinen-pannen/	314
16. Karikatur zur Online-Durchsuchung; © Götz Wiedenroth	314
17. Foto: Griff nach der Festplatte; © Frank Rumpenhorst	315
18. Buchtitel; © Burkhard Schröder; http://www.dpunkt.de/buecher/2934.html	315
19. Grafik: Der Bundestrojaner; © jurblog.de; http://www.jurblog.de/wp-img/BundestrojanerKlein.jpg	315
20. Illustration des ‚Bundestrojaners‘; © Symantec	315
21. Plastik: Das trojanische Pferd; (CC) mellowbox; http://www.flickr.com/photos/8060641@N07/479929261/ in/photostream; CC-Lizenz: http://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.de	315

22. Plastik: Das trojanische Pferd als Protestmittel; © Uli Deck	315
23. Foto: <i>Persönliches</i> ; © Jens Büttner / dpa	315
24. Grafik: Schäuble-Suchmaschine; in diversen Varianten online zu finden; Rechteinhaber unklar. Z.B.: http://www.kreis-jusos.de/index1.html	315
25. Fotomontage: Blick nach den Daten; meine-pc-klinik.de / Rechteinhaber unklar	315
26. Foto: Das Schlüsselloch zur Festplatte; © Frank Rumpenhorst	315
27. Foto: Gläserner Tower; © Axel Hildebrandt; http://www.petrapau.de/gfx/bilder/080227g-online.jpg	315
28. Grafik: <i>I [love] your DATA</i> ; AK Vorratsdatenspeicherung; http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Bild:Schaeublone-Datenkrake.jpg	316
29. Fotomontage: Schäuble als Propagandist; http://www.sackstark.info/?p=10614 / Rechteinhaber unklar.	316
30. Fotomontage: „Schäublone“ - Ursprünglich entwickelt auf http://www.dataloo.de CC-Lizenz: http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/	316
31. Foto: BKA in den Nationalfarben; tagesschau.de	317
32. Foto: Netzwerkkabel; © Jens Büttner	317
33. Foto: Daten unter der Lupe; © Roland Magunia	317
34. Foto: Kommandozeileninterpreter vom MW; © Tobias Hase / dpa	317
35. Eigene Abbildung: Beispiel einer Frame-Slot-Value-Prädikationskette	329
36. Eigene Abbildung: Mod. Semiotisches Dreieck (in Anlehnung an Ogden & Richards: 1923)	333
37. Eigene Abbildung: Verteilungen <i>dürfen</i> und <i>nicht dürfen</i> in Medien- und Rechtsdiskurs	424
38. Eigene Abbildung: Verteilungen zum juristischen Gebrauch des Modalverbs <i>können</i>	425

Einführung und Gegenstandsbestimmung

1 Einführung: Gesellschaftskonflikte im Spiegel der Sprache

*Der alte Witz, es gäbe dreierlei Urteilsgründe,
die gesprochenen, die geschriebenen und die wahren,
ist nicht länger zum Lachen. Eher zum Heulen.*

(W. Grasnick: 2001)

*Eines ist jedenfalls sicher: nichts ist weniger unschuldig,
als den Dingen einfach ihren Lauf zu lassen.*

(P. Bourdieu: 1997a, 429)

Soziale Normen regeln und koorientieren das gesellschaftliche Zusammenleben von Individuen und Interessengruppen. Von der Wiege bis zur Bahre sind sie elementarer Bestandteil unseres Weltwissens: ob in der Familie, am Arbeitsplatz, in der Schule oder vor Gericht – wir lernen soziale Normen intuitiv in der Praxis oder vermittelt durch gesellschaftliche Institutionen. Normwissen ermöglicht nicht nur die Orientierung unseres Fühlens, Denkens und Handelns an gesellschaftlich Gebotenem oder Verbotenem, es erlaubt auch das Fühlen, Denken und Handeln anderer Mitmenschen einschätzen und beurteilen zu können. Soziale Normen sind als Teil umfassender Wissensrahmen ferner immer eng verknüpft mit kulturellen und gruppenspezifischen Vorannahmen über die Welt. Die damit verbundene Heterogenität von Ge- und Verboten zeigt sich in fortwährenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, in denen Interessengruppen versuchen, ihre, als zum Funktionieren der Gesellschaft maßgeblich relevant erachteten Regeln dominant und durchzusetzen. Kurz: Der Streit um Normen ist ein alltäglicher Kampf um gesellschaftliche Vorrangstellungen, um Wissensrahmen und Macht, um Hegemonie.

Besonders augenscheinlich werden solche Auseinandersetzungen in gesellschaftlichen Institutionen, die entweder explizit oder implizit für die Entwicklung, Durchsetzung oder Vermittlung von möglichst allgemeingültigen Regelungen des sozialen Zusammenlebens legitimiert sind: Gewählte Vertreter von Interessengruppen entwickeln und erlassen gesetzliche Regelungen in dafür vorgesehenen parlamentarischen Gremien oder heben sie auf (Politik / Legislative); Verwaltungsangestellte und Beamten ‚wenden‘ bestehende Rechtsnormen an (Exekutive) und Richter kontrollieren deren Durchsetzung oder entscheiden in Streitfragen (Judikative); Medien (z.B.

Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen und Internetmedien) veröffentlichen, vermitteln und kommentieren neue und bestehende Regelungen; WissenschaftlerInnen aus Geistes- und Sozialwissenschaften schließlich untersuchen soziale Normen und Regelungen in Theorie und Praxis und geben direkt oder indirekt Handlungsempfehlungen für politische Entscheidungsträger.

Wenngleich sich all diese Institutionen mit der Bearbeitung von sozialen Normen und Regelungen beschäftigen, so haben sie doch sehr spezifische Arbeitsverfahren entwickelt. Diese Arbeitsverfahren entziehen sich aber in der Regel der Kenntnis der Rechtsunterworfenen bzw. sind derart komplex, dass Transparenz und Kontrolle auf der Strecke zu bleiben drohen. Bürgerinnen und Bürgern bleibt heute oft schleierhaft, welche Faktoren im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren von Bedeutung sind (etwa Rolle der Exekutive, Einfluss von Verbänden, Konformität mit bestehendem Recht). Unklar bleiben dabei insbesondere die sprachlichen Arbeitsprozesse, die etwa politische Aussagen in juristisch ‚geltende‘ und damit vor Gericht einklagbare Rechtsnormen transformieren (Verhältnis von Gemein- und juristischer Fachsprache), oder die Bedingungen, unter denen vor Gericht das ‚Recht-Haben‘ zu einem ‚Recht-Bekommen‘ gewendet wird.

Und nicht nur für die Bevölkerung, auch für die wissenschaftliche Forschung sind die Prozesse globaler Normgenese häufig nicht mehr als theoretische Konstrukte und Annahmen; empirische Untersuchungen werden bislang stark vernachlässigt oder begrenzen sich auf fachspezifische (z.B. soziologische, rechts- oder politikwissenschaftliche) Forschungsperspektiven. Die Beantwortung der Frage nach dem Verhältnis von ‚ursprünglicher‘ Normintention (etwa in der Legislative) und tatsächlicher Normkonstituierung (z.B. in der gerichtlichen Auslegung) bleibt bislang häufig Spekulation. Die Folgen dieses Desiderats reichen von der viel beklagten „Gesetzesflut“, über die Unklarheit der tatsächlichen „Wirkung“ gesetzlicher Regelungen, bis hin zu aus linguistischer Perspektive unhaltbaren Annahmen in der juristischen Gesetzesauslegung (wie etwa die der „subjektiven“ und „objektiven“ Auslegungslehre).

Allein, so komplex und bislang undurchsichtig die (institutionelle) Arbeit an und mit gesellschaftlichen Normen und Regeln zunächst scheint, eines verbindet sie und macht sie potentiell sichtbar: die Sprache. Normen und gesellschaftliche Regelungen werden konstituiert und verhandelt in sprachlichen Äußerungen, in Gesprächen und in Texten. Das ‚Medium‘ Sprache ist dabei alles andere als lediglich neutrales „Transportmittel“, ‚nicht-sprachlicher‘ Normgegenstände (wie in der rechtswissenschaftlichen Literatur weitläufig angenommen; vgl. etwa B. Rüthers & A. Birk: 2008, 441). Sprachliche Zeichen vermitteln vielmehr

- als „Symbole“ konstruktiv, referentiell und perspektivierend zwischen kognitiven Wissensrahmen und den Sachverhalten bzw. Gegenständen in der Welt;
- als „Symptom“ die Gefühle und Einstellungen sprachlicher Aktanten; sowie

- als intentionale „Signale“ Handlungsabsichten unterschiedlicher Diskursteilnehmer in sozial interagierenden Gruppen (vgl. K. Bühler: 1999, 28f.; W. Köller: 2004; E. Felder: 2006a).

Sprache ist damit nicht nur materieller Ausdruck von Normen, sondern auch selbst regelgeleitet – und normativ, sofern sie als Mittel oder „Werkzeug“ menschlicher Interaktion sinnvoll gemacht werden kann. Die gegenseitige Bedingtheit von sprachlichen Strukturen und sozialen Normen zeigt sich insbesondere in semantischen Kämpfen um Ausdrücke und Bedeutungen in gesellschaftlichen Diskursen (M. Foucault: 1974a, 1974b; E. Felder: 2006a): Die präferierten oder abgelehnten sprachlichen Ausdrücke stehen für spezifische kognitive Konzepte und Weltanschauungen der Diskursakteure, für Normen und Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Semantische Kämpfe sind folglich Auseinandersetzungen um gesellschaftlich akzeptanzfähige Handlungsmuster, die sich in sprachlichen Phänomenen positiv wie negativ (d.h. auch durch Nicht-Gesagtes) manifestieren. Sprache, heißt das, kann als hegemonialer Transmissionsriemen betrachtet werden, der Wissensrahmen bzw. Ideologien (A. Gramsci: 1990-2005), Macht- bzw. Herrschaftsstrukturen und soziale Interaktion in Gesellschaften und Kulturen miteinander koppelt.

In dieser Perspektive lassen sich gesellschaftliche Normen nicht reduzieren auf juristische Normtexte (Verfassung, Gesetze, Paragraphen, Verweisungen usw.). Sie sind vielmehr zu verstehen als komplexe soziale Handlungen, die durch unterschiedliche (institutionelle) Verfahren, Zugänge und Handlungsoptionen von Kommunikanten in Diskursen Geltung erhalten (können): soziale wie rechtliche Normen werden konstituiert als diskursive Ereignisse und damit in sprachlich vermittelten Versuchen, Handlungsoptionen spezifische Bedeutungen zuzuschreiben.

Damit erhält Sprache eine hervorgehobene Stellung in der potentiellen Untersuchung und Beschreibung der Genese von Normen. Denn wer sich sprachlich äußert, hinterlässt unweigerlich Spuren seines sozialen Kontextes, seiner Einstellungen, Intentionen und Annahmen über (soziale) Normierungen sowie nicht zuletzt implizit auch der verschiedenen (Norm-) Geltungsansprüche einzelner Diskursakteure. Mittels kontrastiver Analyse semantischer Kämpfe in den verschiedenen Institutionen und gesellschaftlichen Bereichen lassen sich folglich Normierungskonflikte visibilisieren und beschreiben. Besonders leistungsfähig erweisen sich hierfür Ansätze linguistischer Diskursanalyse, die sich Äußerungen in Texten und Textgeflechten zuwenden, mit dem Ziel, die sprachlichen (und damit: kognitiven wie institutionell-kontextuellen) Konstitutionsbedingungen von Alltagssprachlichen sowie Fachdiskursen zu beschreiben.

Auch die vorliegende rechtslinguistische Arbeit widmet sich vor diesem Hintergrund der übergeordneten Leitfrage: Mit Hilfe welcher sprachlicher Mittel entstehen rechtliche Normen als zentrale Leitkonzepte unserer gesellschaftlichen Organisation?

2 Erkenntnisinteresse der Untersuchung

Rechtliche Normen sind zunächst nichts anderes als soziale Normen, das heißt kognitive Konzepte (Wissensrahmen) über das Wie und Was gesellschaftlichen Zusammenlebens. Erstere unterscheiden sich jedoch maßgeblich von Letzteren in ihrer Genese: Während soziale Normen – wie eingangs skizziert – Teil alltäglicher und mitunter intuitiver Aushandlungsprozesse sind, konstituieren sich rechtliche Normen vor allem innerhalb institutionalisierter Kontexte (Parlament, Gericht, Forschungsanstalten u.ä.) und Kontexte (Gesetzesentwürfe, Gesetze, Urteile, Gesetzeskommentare usw.). Insbesondere zur Rechtsnormgenese vor Gericht liegen mittlerweile zahlreiche Untersuchungen rechtslinguistischer Provenienz vor. Systematische Untersuchungen zur Normgenese im Gesetzgebungsverfahren stellen bislang jedoch ein weithin vernachlässigtes Forschungsdesiderat dar¹. Der Grund hierfür dürfte nicht nur in der respektvollen Distanz vieler SprachwissenschaftlerInnen gegenüber der Materie ‚Recht‘ liegen. Gesetzgebungsverfahren sind zudem derart komplex, dass eine Einarbeitung in rechtswissenschaftliche Methodik, juristische Gesetzgebungslehre, politikwissenschaftliche Theorie und Rechtssoziologie unumgänglich und damit sehr zeitaufwendig ist. Nicht zuletzt sind auch der Zugang zu Untersuchungsmaterialien oder Einblicke in die institutionellen Abläufe alles andere als selbstverständlich und bedürften sehr aufwendiger Recherchen oder zuweilen informeller Kontakte. Doch diese – wahrlich für Untersuchungen auch Risiken bergende – Komplexität eines derart zentralen Sachverhalts in unserer Gesellschaft fordert geradezu heraus, „Licht ins Dunkel zu bringen“.

Hier setzt die vorliegende Arbeit an. Wenngleich interdisziplinär ausgerichtet, so verschreibt sie sich in erster Linie einem rechtslinguistischen Erkenntnisinteresse. Erste Orientierung hierfür bieten die seit den 70er Jahren entwickelten Ansätze von Strukturierender Rechtslehre (Friedrich Müller: ⁶1995) und Rechtslinguistik (insbesondere D. Busse: 1992a) zur Beschreibung institutioneller Rechtsarbeit². Rechtsarbeit wird hierbei als originäre Textarbeit konzeptualisiert, als eine hermeneutische Praxis, die maßgeblich mit Problemen des Verstehens und Interpretierens von juristischen Sprachhandlungen konfrontiert ist (vgl. R. Wimmer, & B. Jeand’Heur: 1989, 27). Rechtliche Normen sind demnach „nicht [...] eine ante casum im Gesetzestext fest gegebene Größe“, wie von der traditionellen Rechtslehre präsupponiert, „sondern sie [werden] [...] erst vom juristischen Funktionsträger gebildet und konkretisiert.“ (E. Felder: 2008, 74) Rechtliche Normen sind Teil und Ergebnis von sprachlichen Handlungen in Rechtsinstitutionen, die in Interpretationsverfahren, in Texten und umfangreichen Textgeflechten konstituiert werden:

1 Vgl. dazu im Folgenden Kap. 2.1.

2 Der Ausdruck „Rechtsarbeit“ meint keine ‚rechte Arbeit‘, sondern in Anlehnung an F. Müller (1975) die ‚institutionalisierte Arbeit der (fachlichen) Auseinandersetzung mit juristischen Sachverhalten und Texten.‘

„Die Bedeutung eines Gesetzestextes oder Gesetzesbegriffs entfaltet sich in einem umfangreichen, komplexen Netz intertextueller Relationen zu obergerichtlichen Urteilen, Kommentartexten, rechtswissenschaftlichen Texten und anderen Normtexten.“ (D. Busse: 2000a, 809f.)

Geprägt wird die hermeneutische Rechtsarbeit dabei nicht nur durch formelle Kontexte (Rechtspraxen in gesellschaftlichen Institutionen, etwa in Gerichten, Verwaltungssätern usw.), sondern insbesondere durch ein spezifisches und bereits in der juristischen Ausbildung geprägtes Fachwissen über die semantische Verknüpfung und Verknüpfbarkeit von rechtlichen Normen bzw. Normtexten. Rechtstexte und -begriffe sind insofern selbst Institutionen, als sie durch „Etablierung einer institutionellen Auslegungs- und Anwendungspraxis (Dogmatik)“ geprägt werden. (D. Busse: 2000b, 1382f.)

Vor diesem Hintergrund ist Ziel dieser Arbeit, empirisch wie theoretisch eine erste rechtslinguistische Sondierung der Normgenese im laufenden Gesetzgebungsverfahren vorzunehmen und Grundsteine für nachfolgende Forschungsprojekte zu legen. Zu diesem Zweck untersucht sie am Beispiel der Entstehung der kontrovers diskutierten rechtlichen Norm der sogenannten *Online-Durchsuchung* (2007-2009) die semantischen Kämpfe und führt die Ergebnisse aus der empirischen Arbeit mit bereits vorliegender Literatur zusammen zu einem rechtslinguistischen Modell der Rechtsnormdiskursivität (im Gesetzgebungsverfahren). Dabei soll den unterschiedlichen Einflüssen, Kontexten und Interessengruppen Rechnung getragen werden, insbesondere im Spannungsfeld von politischer Legislative, Judikative und juristischem Fachdiskurs sowie (ver-)öffentlich(t)er Meinung.

Die zentrale Frage lautet: Wie lassen sich die sprachlichen **Konstitutionsbedingungen** im gesetzgebenden Diskurs um rechtliche Normen (als Teil sozialer Normen) aus rechtslinguistischer Perspektive beschreiben? – Folgende, für die empirische Untersuchung erkenntnisleitenden Gesichtspunkte bedürfen hierzu der Berücksichtigung:

1. Welche **Diskursakteure, Kontexte und Kotexte** spielen im Prozess der gesetzgeberischen Normgenese eine Rolle?
2. Welche **„handlungsleitenden Konzepte“** (vgl. M. Scherner: 2000; E. Felder: 1995) und Ideologeme präferieren die unterschiedlichen Akteure bei der Durchsetzung ‚ihrer‘ rechtlichen Norm in den beteiligten Institutionen und gesellschaftlichen Bereichen (Legislative, Exekutive, Judikative, Wissenschaftsbetrieb und Medien)? Wie werden die strittigen Sachverhalte in der Welt (z.B. ›Durchsuchung von Computern‹, ›Technische Realisierung‹ u.ä.), Normintentionen (z.B. ›Terrorabwehr‹ vs. ›Totalüberwachung‹) und epistemische Ideologeme (z.B. ›Sicherheit‹ vs. ›Freiheit‹) von den einzelnen Diskursakteuren im Verhältnis perspektiviert (W. Köller: 2004)? Wie werden rechtliche Normen in bereits bestehende Norm- und Weltkonzepte integriert und versprachlicht?
3. Wie integrieren innerhalb der semantischen Kämpfe **Rechtssprache und Alltagssprache** miteinander

- a. an der Schnittstelle der Legislative (PolitikerInnen, JuristInnen)?
 - b. an der Schnittstelle der Judikative (RichterInnen, PolitikerInnen)?
 - c. in der Medienöffentlichkeit (PolitikerInnen, RichterInnen, Medien / Fachredakteure)?
4. Welche **impliziten Sprachkonzepte** (sprachtheoretische Ansätze) stehen bei den einzelnen Diskursakteuren im Hintergrund?
 5. Welche Diskursakteure verwenden welche gemeinsamen oder divergierenden **sprachlichen Mittel des Geltungsanspruchs**, um ihre handlungsleitenden Konzepte in der Normgenese dominant zu setzen?
 6. Welche „**Textstufen**“ (F. Müller: ⁶1995) ergeben sich in der Normgenese zur „Online-Durchsuchung“, d.h. wie vollzieht sich die semantische Vertextung (qualitativ und differenziert nach Etappen) von der ersten Normidee bis hin zur verabschiedeten, staatlich garantierten, judikativ durchgesetzten Rechtsnorm und darüber hinaus?

Der Fokus der Arbeit liegt in erster Linie auf der wertneutralen Beschreibung von Normgenese und Gesetzgebungsverfahren aus rechtslinguistischer Perspektive. Die Untersuchung versteht sich jedoch auch als Beitrag zur Gesetzgebungslehre und als Versuch, mittels reflektierter Sprach- und Diskurskritik Methoden zur transparent(er)en Explikation juristischer Norm- und Textarbeit zu entwickeln.

3 Zu Notation und Aufbau der Arbeit

Die Untersuchung gliedert sich nach dieser Einführung in vier Abschnitte:

Der erste Abschnitt, **Teil I**, widmet sich der empirischen Studie der Normgenese der *Online-Durchsuchung* im Gesetzgebungsverfahren. Hierbei werden im Einzelnen nach einer kurzen Einführung (Kap. 1) zunächst die forschungspragmatischen Hintergründe (Prämissen, Methoden, Textkorpora) vorgestellt (Kap. 2) und zur Orientierung ein erster Überblick zu den zentralen Ereignissen, Kontexten, Akteuren, Kotexten und umstrittenen Sachverhalten in der Debatte um die Genese der *Online-Durchsuchung* gegeben (Kap. 3). Die umfassende, synchrone und diachrone Beschreibung der divergenten Kontextualisierungen und Konzeptualisierungen dessen, was die rechtliche Norm der *Online-Durchsuchung* in unterschiedlichen Kommunikationsbereichen ‚ist‘ oder ‚sein soll‘, erfolgt anschließend in Kap. 4. Eine Zusammenfassung der zentralen lebens-, norm- und textweltlichen Konstitutionsfaktoren der *Online-Durchsuchung* im Spiegel des Gesamtdiskurses beschließt den ersten Teil dieser Arbeit (Kap. 5).

Teil II sucht anschließend vor dem Hintergrund der empirischen Studie sowie der aktuellen Forschungsliteratur eine theoretische (Neu-) Orientierung des Gegenstandes ‚rechtliche Norm in der Genese‘. Rechtliche Normen werden dabei als versprachlichte, diskursive Ereignisse modelliert, als Teil kognitiver (Mikroebene), sozialer (Mesoebene) und gesellschaftlich-diskursiver (Makroebene) Prozesse (Kap. 2-4). Hierbei wird auch ein erster Vorschlag eines Textstufenmodells der Rechtsarbeit im Gesetzgebungsverfahren (Normgenese als Norm(text)konkretisierung ex ante) vorgestellt (Kap. 4). Teil II endet schließlich mit einer klassifikatorischen Vorsortierung unterschiedlicher sprachlicher Mittel des Geltungsanspruchs im Kontext der Normgenese (Kap. 5).

Teil III fasst die zentralen Ergebnisse der empirischen wie theoretischen Arbeit dieser Untersuchung in einem komprimierten Resümee zusammen und skizziert mögliche Konsequenzen für Gesetzgebung und Rechtsauslegung.

Die **Bibliographie** endlich dokumentiert die hier diskutierte Literatur; der **Anhang** umfasst Verzeichnisse und ausgewählte Primärdokumente, die im Fließtext den Lesefluss störten.

In Einzelfällen des Textes liegen Redundanzen vor, die zur Vermeidung von Verweisungen innerhalb des ohnehin komplexen Untersuchungsgegenstands und zu Gunsten der Lesbarkeit beibehalten wurden.

Ebenso zum Zweck eines einfacheren Zugangs zu den empirischen Ergebnissen und zur Vermeidung von Missverständnissen wird folgende **Notation** zu Grunde gelegt:

Bezugsgröße	Erläuterung
Referenzobjekt bzw. Sachverhalt	In Großbuchstaben (z.B. AKTEURE, ONLINE-DURCHSUCHUNG)
Handlungsleitendes Konzept (kognitiv-semantisch)	Dreieckige Einklammerung (z.B. ›Maßnahme zur Abwehr akuter Terrorgefahren‹)
Attribute (Konzeptnuancen)	Einfache Anführungszeichen (z.B. ›Verhältnis von Sicherheit und Freiheit‹; ‚ausgeglichen‘ vs. ‚in dubio pro libertate‘)
Ausdruck (Beleg)	Kursivschreibung (z.B. <i>Online-Durchsuchung</i> , <i>Ausspähung</i>)
Bildelement (ausdrucksseitig)	Kursivschreibung und Solidus [Slash] (z.B. <i>/Lupe über Tastatur/</i>)

Teil I – Normgenese im Gesetzgebungsverfahren aus rechts- und diskurslinguistischer Perspektive: Empirische Studie am Beispiel der Online- Durchsuchung

In dubio pro libertate

(B. Hirsch: 2008a)

1 Einführung

Für eine empirische rechtslinguistische Untersuchung der Genese rechtlicher Normen im Gesetzgebungsverfahren bietet sich die Debatte um *Online-Durchsuchungen* (im Folgenden: OD) geradezu paradigmatisch an, und zwar aus folgenden Gründen:

Im Sachverhalt der OD treffen unterschiedlichste Perspektiven aufeinander und es bleibt im Grunde bis zuletzt nicht intersubjektiv klar, was denn unter einer *Online-Durchsuchung* oder einem *Trojaner* zu verstehen, was allein der Regelungsgegenstand der damit verbundenen rechtlichen Norm ‚ist‘ oder ‚sein soll‘. Perspektiven von IT-Experten ringen mit denen von Datenschützern, Richtern, Sicherheitspolitikern, technischen Laien, juristischen Laien usw. In einem auf den ersten Blick nicht überschaubaren Geflecht aus sprachlichen Interaktionen überschneiden sich juristische Normkonzepte mit alltäglichen Konzepten und Annahmen über die ›Welt der Moderne‹, des ›digitalen Zeitalters‹ und einer ›veränderten Sicherheitslage‹. Zugleich stellt die OD aber dennoch einen hinreichend überschaubaren, abgrenzbaren Regelungssachverhalt dar (im Vergleich etwa zur Regelung von sozialen Verhältnissen in der Arbeits- oder Sozialpolitik), zu dem sich die unterschiedlichen Perspektiven alle mehr oder weniger wieder bündeln lassen: Es geht – um es möglichst konkret, doch perspektivisch wertneutral zu beschreiben – um ›verfassungskonforme Befugnisse sowie technische Möglichkeiten für ermittelnde Behörden, aus der Ferne und für Betroffene nicht erkenntlich digitale Daten auf informationstechnischen Systemen zu durchsuchen, intendiert oder nicht intendiert zu verändern, sicherzustellen und auszuwerten¹.

1 Zu einem ersten Überblick der Ereignisse und zentralen Sachverhaltsaspekte vgl. Kap. 3.

– Die Heterogenität und Vielfalt der konzeptuellen Perspektivierungen, der Akteure und Kontextreferenzen rund um diesen zunächst ‚nur‘ technisch erscheinenden Sachverhalt wird vor diesem Hintergrund zu einem lohnenden und bearbeitbaren Untersuchungsgegenstand.

Doch für das vorliegende Erkenntnisinteresse ist viel wichtiger: Die Debatte um die OD durchzieht in diachron überschaubaren Zeiträumen (2007-2009) alle großen gesellschaftlichen Institutionen: OD wurden von der Exekutive (BKA und Geheimdienste) mutmaßlich angewendet, vor höchstinstanzlichen Gerichten verhandelt (BGH und BVerfG), in mehreren Runden parlamentarisch diskutiert (Bundestag, Bundesrat, Ausschüsse), dabei von Wissenschaftlern (Rechts- und IT-Experten) fortwährend Stellung beziehend begleitet, und nicht zuletzt umfassend von der Medienöffentlichkeit reflektiert und kommentiert. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, wesentliche Einblicke in die systematischen Zusammenhänge und Einflussfaktoren unterschiedlicher Denk- und Sprachwelten der an der Debatte beteiligten Akteure und Institutionen gewinnen zu können.

Das breite öffentliche Interesse am Regelungsgegenstand OD hat(te) aber noch einen weiteren forschungspraktischen Vorteil: Denn auf diese Weise gelangten zahlreiche Informationen und Primärdokumente insbesondere aus der Exekutive an die Öffentlichkeit und sind damit der wissenschaftlichen Untersuchung zugänglich.

Schließlich liegt die Wahl dieses Untersuchungsgegenstandes aber auch in einem kritischen Wissenschaftsverständnis begründet, das einen Beitrag zur Transparenz eines für die Gesellschaft und ihre demokratisch-rechtsstaatliche Verfasstheit derart weitreichenden Sachverhalts zu leisten versucht.

Bevor jedoch die Ergebnisse der empirischen Studie diskutiert werden können (Kap. 3-6), werden im Folgenden Vorannahmen und Terminologie, Untersuchungsdesign sowie die der Untersuchung zugrunde gelegten Korpora vorgestellt.

2 Hintergründe der Untersuchung: Prämissen, Methoden, Korpora

2.1 Forschungshintergrund der vorliegenden Studie

Den engeren theoretischen Forschungs- und Denkhorizont der vorliegenden Arbeit bilden die folgenden sechs Wissenschaftsansätze und -perspektiven: (1) Traditionelle Rechtslehre und Rechtsmethodik, (2) juristische Gesetzgebungslehre und (3) Untersuchungen zum politischen System Deutschlands, (4) Linguistik und Recht, (5) Linguistische Diskursanalyse sowie (6) das Verhältnis von Diskursanalyse und Rechtslinguistik. Ein kritisches Resümee zu verschiedenen Normkonzepten sowie eine vorläufige Begriffsbestimmung

des Phänomens ›rechtliche Norm‹ bzw. ›Rechtsnorm‹ (7) bildet den Ausgang für die anschließenden methodischen Untersuchungsansätze.

(1) Traditionelle Rechtslehre und Rechtsmethodik. Die Beschäftigung mit gesellschaftlicher Normgenese hat sich zu allererst mit der juristischen Normarbeit auseinanderzusetzen. Hervorzuheben sind hierbei die kaum mehr überschaubaren Beiträge traditioneller Rechtslehre und Rechtsmethodik zur Auslegung von bzw. hermeneutischen Arbeit mit Rechtsnormtexten. Die Theoriearbeiten geben Auskunft über das Arbeitsselbstverständnis von Juristen im Umgang mit sozialen und juristischen Normen, das sich nach wie vor mehrheitlich und auf Grund juristischer Ausbildungsphilosophie² auf die Gerichtsarbeit konzentriert. Im Zentrum stehen dabei vor allem Fragen der „Subsumtion“, das heißt der adäquaten Interpretation und Anwendung von Rechtsnormen bzw. Rechtsnormtexten gemäß logischer Schlussregeln und nach leitender Dogmatik („herrschende“ Auslegungspraxis nach Kommentarliteratur und Entscheidungen der obersten Gerichtsinstanzen). Das hierzu gehörige theoretische und methodische Set zur Erfassung und Bearbeitung von Normsemantiken schlägt sich in Konzepten über Aufbau und Ordnung des Rechtssystems nieder, insbesondere in der Vorstellung einer ganzheitlichen Rechtsordnung aus „innerem“ und „äußerem“ Begriffssystem und Rechtsprinzipien (K. Larenz: ⁶1991, 437ff.), der Rechtsquellenlehre („Entstehungsgrund von etwas als Recht“; J. Vogel: 1998, 38ff.; vgl. auch B. Rütters & A. Birk: ⁴2008, 149ff.), dem „Stufenaufbau“ der Rechtsquellen und der damit verbundenen Normtexthierarchie (zurückgehend auf A. Merkl und H. Kelsen: 1996; vgl. auch J. Vogel: 1998, 51). Die auf F. v. Savigny zurückgehenden „Kanones“ der Auslegung (grammatische, systematische, historische und teleologische Auslegung; vgl. B. Rütters & A. Birk: ⁴2008, 429; H. Kudlich & R. Christensen: 2004; F. Müller: ⁶1995) gelten mit einem Schwerpunkt auf der grammatischen Auslegung nach dem Wortlaut (BVerfGE 1, 299 (312)) als die Grundlage zur Normbestimmung schlechthin.

Die Entstehung von Normen im Vorfeld gerichtlicher Entscheidungen bleibt in der traditionellen Rechtslehre weitestgehend ausgeklammert. Überlegungen zur Normgenese treten vielmehr implizit und spekulativ theoretisch auf, insbesondere bei der Frage nach potentiellen Normsendern wie in der sog. subjektiven und objektiven Auslegungstheorie. Die subjektive Lehre verfolgt das „Prinzip der Autorschaft mit dem Ziel, dem juristischen Diskurs einen Mittelpunkt zu verschaffen. Der Autor fungiert als Einheit und Ursprung der Bedeutung.“ (R. Christensen & H. Kudlich: 2002). Die objektive Lehre hingegen lehnt jeglichen Normemittenten ab und postuliert, „das Ziel der Auslegung könne [...] nur der dem Text immanente objektive Sinn des Gesetzes selbst“ sein. Untersuchungen (D. Busse: 2001, 57f.) zeigen, dass

2 Die juristische Ausbildung an deutschen Universitäten zielt in erster Linie auf den sog. „Einheitsjuristen“ und – damit eng verbunden – auf das Richteramt (vgl. etwa J. Braun: 1995), eine „Fiktion“ (B. Bryde: 2000, 154).

Richter in ihrer Praxis offenbar mehrheitlich der objektiven Lehre folgen. Dies entspricht auch den methodentheoretischen Grundsatzaussagen des BVerfG (Rüthers & A. Birk: 2008, 490), wenngleich die Praxis der obersten Richter selbst stark von ihren eigenen Vorgaben abzuweichen scheint (ebd., 491). So werden Fragen der Normgenese in der traditionellen Rechtstheorie bislang entweder theoretisch auf einen fiktiven Normsetzer („den Gesetzgeber“) simplifiziert oder gänzlich aus der juristischen Auslegungsarbeit vor Gericht verbannt. Weitaus realistischer und systematischer mit der Genese rechtlicher Normen auch außerhalb der Gerichte beschäftigen sich hingegen die Ansätze der Gesetzgebungslehre.

(2) Gesetzgebungslehre. Seit den sechziger und siebziger Jahren und insbesondere mit J. Rödig, P. Noll und E. Baden entwickelte sich eine von traditioneller Rechtslehre sowie in der juristischen Ausbildung bis heute nur marginal berücksichtigte³ Teildisziplin der Rechtswissenschaften, die sich interdisziplinär wie „sozialwissenschaftlich interessiert“ (W. Naucke: 1972, 62) und vor allem auch empirisch der Entstehung und ‚Wirkung‘ von juristischen Normen widmet (vgl. P. Noll: 1973; E. Baden: 1977; G. Wielinger: 1986). In der Reinen Rechtslehre der Tradition Kelsens werden Fragen der Rechtssetzung und Gesetzgebung außerhalb der Rechtswissenschaften angelegt:

„[...] es ist die Grundnorm, die [...] als hypothetische Norm lediglich vorausgesetzt wird, die die Geltung des Rechts begründen soll.“ (P. Römer: 1986, 25)

Entsprechend postuliert die Reine Rechtslehre, Recht ausschließlich beschreiben, nicht jedoch gestalten zu wollen. (R. Walter: 1982, 144) Anders die Gesetzgebungslehre: Als „recht junger, äußerst heterogener, interdisziplinärer Forschungszweig“, so S. Jutzi (1998, 1335), bemühe sie sich um „theoretische Erkenntnisse für die gesetzgebende Praxis.“ Ihre Perspektive ist analytisch-deskriptiv zum einen, wertend-gestaltend zum anderen: „Die Gesetzgebungslehre geht von der Frage aus: Wie können mit gesetzlichen Normen soziale Zustände in einem erwünschten Sinne beeinflusst werden?“ (P. Noll: 1973, 63f.) Gesetzgebungslehre, so Noll weiter, könne damit unmöglich wertfrei sein; sie

„kann ihre kritische Funktion auch gar nicht aufgeben, weil nämlich schon die Definition des sozialen Problems, zu dessen Lösung sie antritt, nicht ohne Wertung von Prioritäten und ebensowenig ohne Machtkritik aufgestellt werden kann. [...] Demgegenüber ist festzuhalten, dass die Distanz kritischer Reflexion gegenüber Macht und faktischem Verhalten

3 Vgl. J. Vogel (1998, 197); für das Jahr 1986 resümierte bereits D. Merten (1986, 182), es bestעה in 80,6 Prozent aller deutschen (juristischen) Fakultäten „kein Lehrangebot“ zur Gesetzgebungslehre bzw. Rechtssetzungswissenschaft. Jura-Studierende lernten zwar die verfassungsrechtlichen Regelungen zum Gesetzgebungsprozess, so H. Mengel (1997, 212) noch 10 Jahre später, - „über tatsächliche Abläufe und Lösungsvorschläge werden sie [aber] wenig erfahrene.“

einerseits und die Möglichkeit abweichenden Verhaltens andererseits dem Recht notwendig eigentümlich ist.“ (P. Noll: 1973, 63f.)

Gesetzgebungslehre müsse damit ein „politisches Rechtsverständnis“ zugrunde liegen (ebd., 31):

„Dies wäre [...] ein funktionales, auf die soziale Realität bezogenes, Theorie und Praxis verbindendes, Recht als Gestaltung der Wirklichkeit, als Herrschaft über die Macht und über die Macht der Fakten begreifendes Rechtsdenken.“

Vor diesem Hintergrund und mit Impulsen von Seiten der Legislative und der am Gesetzgebungsverfahren beteiligten Exekutive (Reduzierung der „Gesetzesflut“; vgl. P. Römer: 1986, 25; W. Müller: 1982) entwickelte die Gesetzgebungslehre mittlerweile breite Arbeitsfelder im Bereich Gesetzgebungsanalytik (Begriffe, Notwendigkeit, Steuerungsfähigkeit), Analyse des Gesetzgebungsverfahrens, Gesetzesfolgenabschätzung sowie Gesetzgebungstechnik (Formulierung ‚guter‘ Gesetze; K. H. Mattern: 1982, 272; Auswahlbibliographie zur Gesetzgebungslehre bei E. Baden: 1986; letzte Evaluierung der Disziplin bei U. Karpen: ²2008).

„Gegenstand der Gesetzgebungslehre ist die Gesetzgebung schlechthin, also der Gesetzgeber, das Gesetzgebungsverfahren und das Gesetz selbst als Produkt dieses Verfahrens sowie dessen Bezug und Einwirkung auf das soziale Gefüge [...]“. Es gehe um eine „Verhaltenslehre für ‚gute‘ Gesetzgebung“ sowie um „theoretische Erkenntnisse für die gesetzgebende Praxis.“ (S. Jutzi: 1998, 1336)

„Ganz allgemein formuliert, erhofft man sich eine Therapie durch die Erarbeitung einer Gesetzgebungslehre, die sich um die Präparation (Vorbereitung) von Gesetzen und um die Analyse der Wirksamkeit und der Durchsetzung von Gesetzen bemüht.“ (W. Köck: 2002, 2)

Mit ihrer grundständig interdisziplinären und praxisnahen Orientierung konnten Ansätze der Gesetzgebungslehre die Theorieimmanenz und Selbstreferentialität traditioneller Rechtswissenschaft in großen Teilen durchbrechen (vgl. zu diesem Anspruch P. Noll: 1973, 68). Besonders deutlich zeigt sich dies etwa an der Konzeptualisierung des Normemittenten, des „Gesetzgebers“: Die Gesetzgebungslehre untersucht und beschreibt die tatsächlichen Prozesse der Gesetzesentstehung im Spannungsfeld von Verfassungsvorgaben, beteiligten Akteuren (wie etwa auch den Einfluss administrativer Kräfte, der Exekutive), divergierender Gesetzesintentionen, Normtextabfassung, Normtextauslegung (nicht nur vor Gericht, sondern auch in der Exekutive) sowie schließlich Normwirksamkeit (Fragen der Gesetzesverständlichkeit, der Vermittlung durch Medien usw.). Durch diese breite Perspektive wird Kontextfaktoren der Norm(text)arbeit stärker Rechnung getragen, als es bisher in der traditionellen Rechtslehre der Fall war und ist. „Den“ Normgeber kann es dabei genauso wenig geben wie akteurstranszendente Normtexte („rechtstechnische Konstrukte“ etwa der objektiven Lehre; J. Hagen: 1986, 346); Normtexte (Gesetze, Verordnungen usw.) zeigen sich hier vielmehr als „Produkte politischer Auseinandersetzungen“ (Aushandlungsprozesse in Ausschüssen, Medien usw.; ebd.) unterschiedlicher Einflussfaktoren, die im Einzelnen zunächst zu ermitteln und auf ihre verfassungs-

rechtliche Legitimität hin zu prüfen sind, ehe spekulative Auslegungstheorien greifen sollten. Es ist die

„Frage nach einer Abgrenzung zwischen erwünschten und unerwünschten, zulässigen und unzulässigen Einflüssen auf die Entscheidungen der formell legitimierten Gesetzgebungsinstanzen.“ (P. Noll: 1973, 46)

Damit werden grundlegende Probleme der juristischen Hermeneutik an der Wurzel aufgegriffen: Gesetzgebende Institutionen (insbesondere auch die Normtext abfassende Exekutive im Gesetzgebungsverfahren) sowie Normtextadressaten sollten die Arbeitsweise des jeweils anderen bestmöglich (idealerweise bereits in der Ausbildung, vgl. o.) kennen und sich entsprechend einrichten; nur so könne die Gefahr eines ‚Aneinander-vorbei-Lesens‘ reduziert werden:

„Dass der Richter gesetzgeberisch mitdenkt, muss gerade auch von der Gesetzgebung her erwartet werden können. Eine umsichtige Gesetzgebung bezieht die Möglichkeit der gestaltenden Konkretisierung der gesetzten Normen durch den Richter in ihre Überlegungen mit ein.“ (P. Noll: 1973, 53)

Wenngleich in der richterlichen Praxis kaum berücksichtigt, so haben die Ansätze der Gesetzgebungslehre (die hier nur schlaglichtartig gestreift werden können) mittlerweile erste Veränderungen im Gesetzgebungsverfahren herbeigeführt. Durch intensiven Austausch insbesondere mit betroffenen Akteuren der Ministerialbürokratie (vgl. etwa den Sammelband von C. Böhrer: 1980 und andere Speyerer Forschungsberichte⁴) aus Bundes- und Länderparlamenten konnten erste Richtlinien zur Verbesserung von Transparenz und Gesetzesfolgenabschätzung (GFA) etabliert werden. Die bekanntesten Erfolge dieser Art sind die sog. „Blauen Prüffragen“ der 80er Jahre zur Vorprüfung von Gesetzesentwürfen, die ab 1996 sukzessive in die Gemeinsame Geschäftsordnung der Ministerien (GGO §§43, 44, später Besonderer Teil der GGO II) integriert wurden (W. Köck: 2002, 4; W. Ismayr: 2008). Da die Vorschriften der GGO zwar bindend, die Nicht-Einhaltung jedoch sanktionsfrei blieben, wurden sie nur rudimentär beachtet (vgl. K. Leonhardt: 1980, 59); besieht man sich heutige Gesetzesentwürfe, so hat sich daran bislang nicht viel geändert⁵. Zur linguistischen Begleitung und Textverbesserung im Gesetzgebungsverfahren startete 2006 ein Redaktionsstab unter der Leitung von Stefanie Thieme (GfdS⁶; vgl. SZ vom 24.08.2006: „Aus Amtsdeutsch soll Sprache werden“).

Ungeachtet dieser Leistungen kritisiert H. J. Mengel (1984, 153; 1997, 210) zu Recht den Mangel einer konsistenten, „geschlossenen Theorie der Ge-

4 Übersicht auf <http://www.foev-speyer.de/publikationen/pubdb.asp?reihenid=1> (28.08.2009).

5 So schreibt etwa der Besondere Teil der GGO II vor, alternative Lösungsvorschläge zu einzelnen Gesetzesentwürfen zu formulieren, um Vor- und Nachteile unterschiedlicher Realisierungen abwägen zu können. Tatsächlich vermerken die Kabinettsentwürfe an dieser Stelle jedoch lediglich: „Alternativen: Keine.“

6 <http://www.gfds.de/redaktionsstab-rechtssprache/> (09.01.2011).

setzung“: „Nicht einmal über die Bezeichnung des Gegenstandes herrscht Einigkeit.“ (ebd.) Mengel führt dies auf die noch immer viel zu seltenen empirischen Untersuchungen zurück. Die Folge sind (z.B. kommunikations-) theoretische Abhandlungen über die „Datenübermittlung“ (E. Baden: 1977, 151) zwischen Normemittent und Normadressaten, die bisherige Überlegungen der traditionellen Rechtslehre zwar überwinden, aber dennoch nach wie vor in abstrakt strukturalistisch verengten Annahmen jenseits realer Ko(n)texte verharren. – Hier versucht die vorliegende Arbeit einen vermittelnden Diskussionsbeitrag zu leisten (vgl. Teil II).

(3) Untersuchungen zum politischen System Deutschlands. Stärker aus global-institutioneller Perspektive beschäftigen sich auch politikwissenschaftliche Arbeiten mit Gesetzgebungsverfahren bzw. Normgenese. Der Untersuchungsrahmen umfasst hierbei vielfältige Faktoren des politischen Alltags (Politische Abläufe / Politics, Politische Formen und Institutionen / Polity sowie inhaltliche Fragen politischer Entscheidungen / Policy; vgl. M. G. Schmidt: 2007, 15). Dabei konstatieren viele AutorInnen eine starke Diskrepanz zwischen (verfassungs-)theoretischer Konzeptualisierung und tatsächlicher praktischer Realisierung der institutionellen Abläufe und Aufgabenverteilungen (W. Ismayr: 2008, 389); über die internen Prozesse konkreter politischer Entscheidungen und Gesetzeskonstitutionen sei bis heute immer noch verhältnismäßig wenig bekannt. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Besonders hervorgehoben werden jedoch zum einen (zu) geringe Regelung und Vorgaben der Gesetzgebungskompetenzen im Grundgesetz und in Folge kontrovers bewertete Versuche, die einzelnen Abläufe durch Geschäftsordnungen und informelle Verfahrensregeln zu „unterfüttern“ (H. Schulze-Fielitz & C. Gößwein: 1997, 19-22); zum anderen und damit einhergehend Probleme hoher Politik- und Rechtsverflechtung zwischen EU, Bund und Ländern (K. Sontheimer, W. Bleek & A. Gawrich: 2007, 356; S. Marschall: 2007, 252). Wengleich entsprechend staatstheoretischer Konzepte das Parlament als Legislative für die Gesetzgebung zuständig sei, so zeige sich in der Praxis allein die Regierung (Exekutive) samt der von ihr geleiteten Ministerien als gesetzgebende Einheit. Der Opposition komme eine Öffentlichkeits- und Kontrollfunktion zu, in dem sie die in überwiegend nicht öffentlichen Ausschüssen verhandelten Sachverhalte ins Parlament und/oder in die Medien bringe (J. Hesse & Th. Ellwein: ⁹2004, 238f.). Innerhalb der Ministerien oder der Ausschussgremien jedoch habe die Opposition keinen bzw. kaum relevanten Einfluss auf die Gesetzgebung:

„Die Plenumsberatungen haben keinen Einfluß auf den Gesetzesinhalt, sondern bestätigen in aller Regel das Ergebnis der Ausschußberatungen.“ (J. Hesse & Th. Ellwein: ⁹2004, 238f.)

Die Plenumsentscheidungen seien durch vorausgehende Verhandlungen in Fraktionsausschüssen, Koalitionsgremien, zwischen Obleuten usw. bereits vor„determiniert“. (H. Schulze-Fielitz & C. Gößwein: 1997, 20)

Die tatsächliche Gesetzesarbeit verortete sich insbesondere in den ministerialen Verwaltungsabläufen, das heißt der durch administrative sowie „politische“ Beamte durchgeführten Referatsarbeit:

„Wesentlicher Grund hierfür ist [...] deren fachliche Überlegenheit, [die] die Regierung erst in den Stand versetzt, politische Absichten auch in die Wirkungsmacht staatlicher Handlungsformen umzusetzen. Es wäre falsch, darüber in Polemik zu verfallen. Die Rolle der Ministerialbürokratie kann auch positiv verstanden werden: In ihr werden die kurzfristigen Interessen der Alltagspolitik zugunsten der Langfristinteressen unseres Gemeinwesens (idealerweise) gebrochen [...]“ (H. Schulze-Fielitz & C. Gößwein: 1997, 21)

Die politische Neutralität des administrativen Beamtentums wird jedoch von einer Mehrheit der Untersuchungen als „Fiktion“ kritisiert (K. Sontheimer, W. Bleek & A. Gawrich: 2007, 314ff; A. Murswiek: 1975, 288ff.):

„Die höhere Ministerialbürokratie betreibt Politikvorbereitung, also Politik. Ein Referent, der ein Gesetz entwirft, will, dass es ‚durchkommt‘.“ Der Referent antizipiere verschiedenste Entscheidungen (des Ministers, der Ministerien, der Regierung, informelle Kanäle usw.), er „sichert also nach Möglichkeit das Verfahren ab. Das ist verständlich, führt aber dazu, dass nicht nur dem Parlament Entwurfsbegründungen lediglich im Indikativ - es geht nur so und nicht anders - vorgelegt werden, sondern auch bereits dem eigenen Minister.“ (J. Hesse & Th. Ellwein: 2004, 272)

Damit rücken ähnlich wie in der Gesetzgebungslehre die unterschiedlichen politischen Einflüsse und deren demokratietheoretische Legitimität im Gesetzgebungsverfahren in den Vordergrund. Der zunehmende Einfluss durch Verbände und Interessengruppen (Lobbyismus) wird hierbei teilweise sehr unterschiedlich bewertet: Während die Mehrheit der Untersuchungen diese Entwicklung als problematisch beurteilt (W. Rudzio: 2003, 98), sehen einzelne Studien den Einfluss der Verbände positiv als fachkompetentes Forum bei der Gesetzesarbeit, das durch „Aggregations- wie Selektionsleistungen [...] ganz entscheidend zur Entlastung des zentralen politischen Entscheidungssystems“ beitrage (M. Sebaldt: 1997, 27).

Ebenso kontrovers wird der Einfluss des Bundesverfassungsgerichts auf die Gesetzgebung betrachtet. Die hohe Akzeptanz des obersten Gerichts in der Bundesrepublik fördere einerseits eine zuverlässige Anbindung der Gesetzgebung an die Verfassung bereits im Vorfeld, ihr „judicial activism“ verenge jedoch mehr und mehr zukünftige Gesetzgebungsinitiativen und binde damit die Legislative in ihrem Recht auf Rechtsetzung (K. Sontheimer, W. Bleek & A. Gawrich: 2007, 156f.). Zwar werde die Macht des BVerfG dadurch beschränkt, dass es nur bei Anrufung tätig werden könne, gleichwohl hätten dessen Urteile auch prospektive Wirkung:

„Mit der großen und ständig zunehmenden Zahl gültiger (und nur schwer revidierbarer) Urteile und der damit einhergehenden Fortbildung des Verfassungsrechts verengt sich der Gestaltungsspielraum des demokratisch legitimierten Gesetzgebers zusehends. [...] In Erwartung einer oppositionellen Klage beim Bundesverfassungsgericht wird bereits bei der Abfassung von Gesetzen dessen mögliche Interpretation antizipierend berücksichtigt.“ (W. Ismayr: 2008, 411)

Das BVerfG neige dazu, „den Gesetzgeber durch detaillierte Vorgaben zu binden.“ (ebd., 425)

Staatstheoriekritische Untersuchungen widmen sich ferner auch der Art und Funktion gesetzgeberischer Arbeit als Macht- und Herrschaftsinstrumente: Die historisch gewachsene Nähe des liberalen Rechtssystems zur „Wirtschaftstheorie des klassischen Liberalismus“ (insbesondere Smiths) habe Gesetze als Mittel zur Absicherung ökonomischer Freiheitsinteressen im „Konkurrenzkapitalismus“ etabliert. (F. Neumann: 1980, 210ff.) Gesetzen kämen damit dreierlei Funktionen zu: nämlich erstens Errichtung der Illusion bürgerlicher Mitbestimmungsfähigkeit („Der Glaube an die Gesetzesherrschaft“; politische Funktion), zweitens Absicherung der „Bedürfnisse[...] des Konkurrenzkapitalismus nach formaler Rationalität für die Austauschprozesse“ (ökonomische Funktion), sowie drittens Etablierung der „Grundvorstellung des liberalen Rechtssystems“ einer „persönliche[n] Gleichheit aller Menschen“ (ethische Funktion; ebd., 299ff.; vgl. auch A. Söllner: 1980, 370).

Schließlich ist die in den letzten Jahren noch verstärkte politikwissenschaftliche Berücksichtigung der (Neuen) Medien hervorzuheben. Massenmedien vermittelten (als erhofftes Korrektiv) im politischen Alltag zwischen institutioneller Gesetzesarbeit und Bevölkerung, beeinflussten jedoch auch die politische Meinungsbildung sowie insbesondere das Wahlverhalten. „Beeinflussung“ ist dabei nicht als Folge von langierten Kampagnen misszuverstehen, sondern vielmehr als sozialpsychologischer Effekt aufzufassen, in dem „der medienvermittelte Eindruck einer bestimmten Mehrheit“ zu einer Anpassung oder Enthaltung der vermeintlichen Minderheit führte (sog. „Schweigespirale“; vgl. dazu E. Noelle-Neumann: 1989; S. Marschall: 2007, 102; W. Rudzio: 2003, 507).

Mit Sorge wird daher auch die zunehmende Monopolisierung der Medienlandschaft beobachtet: „Unter der oberflächlichen Ausweitung des Medienangebots finden Konzentrationsprozesse statt. Wenige große Medienkonzerne dominieren den Medienmarkt.“ (S. Marschall: 2007, 90) Die „großen Spieler im Medienbereich“ (Axel-Springer-Verlag, Bertelsmann sowie die WAZ-Gruppe) hielten zusammen 41,3% der Marktteile (ebd., 91); die Auflagen der überregionalen „Qualitätszeitungen“ seien zudem rückläufig (von 30 Mio. 1995 auf 24,9 Mio. 2006). Wenngleich eine monopolisierte Berichterstattung „selten“ der Fall sei (ebd., 102), so sei eine Reduzierung des Medienangebots prinzipiell bedenklich für die politische Landschaft.

(4) Linguistik und Recht. Seit jeher ist die Sprache als elementares Werkzeug der juristischen Arbeit Gegenstand juristischer Theorie und Methodik. Allein, die traditionelle Rechtstheorie verbleibt überwiegend zirkulär in intuitiven Sprachkonzepten, die selten etwas mit dem Stand heutiger linguistischer Forschung zu tun haben. „Die Auseinandersetzung mit sprachtheoretischen Erklärungsansätzen“, resümiert D. Busse (1989, 97ff.), verbleibe

„eher an der Oberfläche“ und sei „nicht geeignet, juristische Selbstverständlichkeiten ernsthaft zu erschüttern. Wo sprachtheoretische Ansätze wirklich ernsthaft rezipiert und diskutiert werden, geschieht dies, weil sie der vorher mitgebrachten impliziten Sprachtheorie entsprechen.“

Erst seit rund vier Jahrzehnten setzen sich vereinzelt rechtswissenschaftliche Theoretiker systematisch mit linguistischer Forschung auseinander und erschließen SprachwissenschaftlerInnen das Recht als linguistisch fesselnde Untersuchungsdomäne (vgl. insbesondere die Arbeiten der „Heidelberger Gruppe der Rechtslinguistik“⁷: F. Müller (1989) und F. Müller & R. Wimmer (2001); R. Christensen & B. Jeand’Heur (1989); R. Wimmer & B. Jeand’Heur (1989); B. Jeand’Heur (1989); ferner U. Haß-Zumkehr (Hrsg.; 2001)). Die sich daraus entwickelten linguistisch fundierten Forschungsprogramme in Teilen der Rechts- und Sprachwissenschaft gehen verschiedensten Phänomenen nach, insbesondere den sprachlichen Konstitutionsprozessen in Texten und Gesprächen vor Gericht, Fragen traditionell-juristischer Theoriebildung (Normtextbindung, Auslegungsmethodik u.a.), der Rechtssprache im Spannungsfeld von Fach- und Gemeinsprache sowie nicht zuletzt der Kriminalistik (Gutachtertätigkeiten vor Gericht zu Täterdokumenten usw.⁸). Während jedoch im Bereich Gesprächsanalyse relativ gute Forschungsergebnisse vorliegen, steht die rechtslinguistische Forschung in fast allen anderen Bereichen noch weitestgehend am Anfang; D. Busse (2000a, 8) konstatiert gar, der „Ausdruck ‚Desiderate der Forschung‘“ sei „angesichts der noch kaum existierenden textlinguistischen Beschäftigung mit Rechtstexten ein Euphemismus.“ (vgl. zum Forschungsüberblick ebd.)

Die in kleinen Teilen der Rechtswissenschaft wie in der Sprachwissenschaft parallel entstandenen rechtslinguistischen Ansätze widmen sich zu allererst kritisch den verkürzten Sprach- und Bedeutungsannahmen in der juristischen Praxis. Sprache werde dort noch weitestgehend als „von Macht nicht berührte Sphäre lichter Verständigung“ (R. Christensen & B. Jeand’Heur: 1989, 9), als lediglich passives Transportmittel juristischer Normsemantik betrachtet, dem die ‚einzig wahre‘ Normbedeutung im Einzelnen schon mit ausreichender Kompetenz entnommen werden könnte. Ja, einige Rechtstheoretiker sind gar der Auffassung, „dass es eine Bedeutung sprachlicher Ausdrücke gibt, die diese für sich haben. [...] Von diesem Gegebenen wird schlicht ausgegangen“ (G. W. Bertram: 2000, 4ff.):

„Damit ist die Identität von kommunikativer Mitteilungsentention eines sich sprachlich äußernden Individuums und dem Verstehen [...] beim Rezipienten behauptet, die bar jeder Beweisgrundlage ist. Man könnte ein solches Modell ironisch auch als ‚Topftheorie‘ der Kommunikation bezeichnen, da offenbar davon ausgegangen wird, dass eine ‚Information‘ (als dabei identisch bleibende) von der sprachlichen Äußerung lediglich ‚transportiert‘ wird.“ (D. Busse: 1992b, 14)

Diese positivistische „Automatenillusion der Rechtsprechung“ führt zu einer Abstraktion (i.S.d. ‚Abziehens‘) von der tatsächlichen juristischen Arbeit der Individuen (Subjekte) und institutionellen Rahmenbedingungen.

⁷ www.recht-und-sprache.de (01.11.2010).

⁸ Da für diese Arbeit nur von nebeneordneter Relevanz, werden Ansätze der Forensischen Linguistik im Weiteren vernachlässigt; weiterer Überblick zu diesem Bereich der Rechtslinguistik vgl. M. Rathert (2006, 40ff.).

„Wo der Gesetzgeber seinen Willen in eindeutigen und zweifelsfrei zu interpretierenden Sätzen ausdrücken kann, da wird der Rechtsentscheider zu einem bloßen Rechtsanwender, muss dem vom ‚bouche de la loi‘ (Montesquieu) ausgesprochenen Rechtsbefehl nur noch ‚wörtlich‘ folgen. Er wird mithin zum ‚Subsumtionsautomaten‘.“ (D. Busse: 2002)

Ähnliches gilt auch für Bedeutungsexplikationen von Richtern außerhalb juristischer Fachfragen: sie zeigen sich „stets intuitiv und rekurren kontraktisch auf eine vermeintliche Homogenität der deutschen Sprache. Intuition als Führerin der semantischen ‚Lehnstuhl-Methode‘ (Max Weber) [...]“ (D. Busse: 2001, 47) Alltagssprachliche Wortbedeutungen werden qua Amt und Autorität festgelegt und als „allgemeiner Sprachgebrauch“ wenn nicht intuitiv, so unreflektiert mit belegendem Rückgriff auf Wörterbücher unterstellt (vgl. H. Kudlich, R. Christensen & M. Sokolowski: 2007). Die Reichweite richterlicher Bedeutungsprägungen auch im Hinblick auf die Gemeinsprache zeigt sich nicht zuletzt in einem Zirkel der Sprachpraxis (vgl. D. Busse: 1991, 181ff.), denn

„[r]ichterlicher, und damit fachsprachlich-juristische Bedeutungsdefinitionen gehen in gemeinsprachliche Wörterbücher des Deutschen ein, ohne dass sie dort als solche [...] gekennzeichnet werden. Solche Wörterbücher werden dann von Richtern als Beleg für die angebliche Gemeinsprachlichkeit ihrer fachlich determinierten Auslegungsakte benutzt.“

Die Folgen solch „vorlinguistisch[er]“ Sprachauffassungen (D. Busse: 2001, 46f.) haben teilweise für die Rechtsunterworfenen ungeahnte Reichweite: Richter haben offensichtlich nicht nur Einfluss auf die Gemeinsprache, sie ‚untergraben‘ in ihrer Spracharbeit ungewollt auch indirekt das rechtsstaatlich geforderte Gebot der Rechtsbestimmtheit (H.J. Mengel: 1997, 265ff.). Geradezu groteske Formen zeigen sich gar, wenn ein der Nötigung Angeklagter die Deutungshoheit des Gerichts anzuzweifeln wagt und seine eigenen Normtext-Interpretationsversuche in Folge als Zeichen von „Unbelehrbarkeit“, „Rechtsanmaßung und Selbstüberschätzung“ zu einer Strafverschärfung führen:

„Damit kehren wir zum Nötigungstatbestand als *crimen vis* zurück. Nur dass nicht mehr der Landfrieden gegen das Faustrecht des Adels verteidigt wird, sondern das Sprachmonopol staatlicher Stellen gegen die Anmaßung einzelner Sprecher. Darin liegt die Festschreibung der staatlichen Kompetenz-Kompetenz für Sprachkonflikte. Wer die ‚Erkenntnis‘ der Gerichte noch in Frage stellen will, wer den semantischen Kampf vor Gericht weiter führen will und Offenlegung der gerichtlichen Maßstäbe verlangt, ist eben unbelehrbar und begeht Rechtsanmaßung.“ (R. Christensen & M. Sokolowski: 2001, 214f.).

Entgegen den Sprachannahmen traditioneller Rechtslehre fokussieren Rechtslinguisten sowie Rechtstheoretiker der durch F. Müller (1995) begründeten „Strukturierenden Rechtslehre“ die tatsächliche „Rechtsarbeit als Textarbeit“ (D. Busse: 1992a; vgl. auch den dekonstruktivistischen Ansatz von I. Augsberg: 2009 und kritisch dazu: F. Vogel: 2010a): „Rechtsarbeit vollzieht sich in allen tatsächlichen und denkbaren Bereichen als Arbeit in, an und mit der Sprache; Rechtshandlungen sind sprachliche Handlungen.“ (R. Wimmer & B. Jeand'Heur: 1989, 27) Dabei werden zunächst Rechtsnorm und Rechtsnormtext (das heißt Textformular) differenziert, eine „Rechtsnorm ist [...] mehr als der Normtext.“ (F. Müller: 1995, 30) Normen

als semantisch-kognitive Einheiten lassen sich in dieser Perspektive nicht lediglich aus einem einzelnen Normtext herausgreifen; vielmehr ist ihre konkrete Auslegung bzw. Interpretation Ergebnis komplexer Textverknüpfungen und selbst wiederum konstitutiv, „schafft zusätzlichen Text, ist selber Text, der im Gefolge einer fortlaufenden Verkettung seinerseits interpretierbar ist und interpretiert werden muss“ (ebd., 29).

„Zugespitzt gesagt, verhält sich juristische Konkretisierung [...] zum Verfahren der ‚Applikation‘ in den sonstigen interpretierenden Geisteswissenschaften im Sinne der 11. Feuerbach-These: Entscheidend ist nicht die Interpretation des Vorliegenden, sondern seine Veränderung.“ (F. Müller: 61995, 158)

Die Arbeit vor Gericht zeigt sich hier als subjektive (das heißt an reale Personen geknüpfte) „Konkretisierung“ dessen, was als Rechtsnorm in einzelnen Normtexten abstrakt-polysem ‚angedeutet‘ wird: nämlich durch argumentative (plausibilisierende) Verknüpfung primärer Normtexte mit weiteren Texten (Normtexte, Kommentare, Präjudizien usw.⁹). Normtexte (Gesetze, Verordnungen u.a.) selbst haben daher lediglich „Signal- und ‚Grenz‘-Funktionen in Rechtsfindungs- und Rechtfertigungsprozessen, das heißt in juristischen Entscheidungs- und Darstellungsvorgängen“ (ebd., 25):

„Der Text erscheint [...] als heterogenes ‚Gewebe von Differenzen‘. Er ist nach dem ‚Draußen‘ nicht abschirmbar, weshalb es ‚sein‘ (= ein außertextliches, dem Spiel der Differenzen ein für alle Mal entrücktes) ‚Draußen‘ nicht gibt: also auch keinen ‚eigentlichen‘ oder ‚ursprünglichen‘ Sinn, weder den einen Ursprung des Textes noch seine eine Wahrheit. [...] Jeder Text ist – unentrinnbar; von der Tradition her beurteilt: unrettbar – auf andere iterierbar, Zitate aufpropfbar, die Kontexte nirgendwo festgemacht, nirgends endgültig zu verankern: endloses Zirkulieren von Texten. [...] Im besten Fall ist ein Normtext eine ernst ‚gemeinte‘ Momentaufnahme des politisch-juristischen Stellungskriegs; er ist in der Tat kein ‚Ursprung‘.“ (F. Müller: 61995, 288f.)

Vor diesem Hintergrund – Rechtsarbeit als durch Sprache erst konstituierte und konstruktive Textarbeit¹⁰ – treten die Subjekte und Kontextbedingungen juristischer Arbeit in den Vordergrund. Die Kanones der Auslegung sind nicht länger Wege zur „Erkenntnis des Gesetzesinhalts“ (vgl. R. Christensen & K. Lerch: 2007, 258), sondern „Argumente für eine Vermehrung oder Reduzierung von gesetzlichen Begriffen, indem der Begriff in einen bestimmten Kontext gestellt wird.“ (H. Kudlich & R. Christensen: 2004, 83) Anstatt sich auf Fiktionen subjektiver oder objektiver Rechtslehre zu berufen, werden die tatsächlichen Konstitutionsbedingungen der Konkretisierungsarbeit in der Institution Recht(ssprache; vgl. D. Busse: 2000b) heraus-

9 So zieht etwa mancher Kommentartext zum Diebstahlparagrafen des StGB neben anderweitiger juristischer Kommentarliteratur allein 350 Gerichtsurteile als Interpretationsgrundlage heran. (vgl. D. Busse: 2000a, 7).

10 W. Grasnack (2007, 105ff.) konstatiert in diesem Zusammenhang: Recht werde „von Mal zu Mal erst hergestellt. Anders gesagt: Es wird erarbeitet. In Gestalt von Meinungen. Rechtsmeinungen als Ergebnis von ‚Rechtsarbeit‘.“ Der Oberstaatsanwalt a.D. kritisiert zu Recht mangelnde Aufklärung und Prämissenkritik im Fundament der Rechtstheorie (108) und fordert einen „völligen Umbau“ (114) hin zu mehr „Transparenz“ (108).

gearbeitet. Besonders hervorzuheben sind dabei die juristischen Wissensrahmen, die bereits in der Ausbildung systematisch geprägt werden und später in der beruflichen Textpraxis einen Großteil juristischer Semantik präsupponieren (vgl. dazu ausführlich Teil II). Die juristische Dogmatik als institutionell sowie in den Wissensrahmen des Einzelnen etablierte „Auslegungs- und Anwendungspraxis der Gesetzestexte und -begriffe“ (ebd., 1383) und mit besonderem Einfluss „herrschender Meinung“ (i.e. Kommentarliteratur und obergerichtliche Auslegung) ermöglicht erst eine innersystemkohärente Rechtspraxis. Rechtslinguistische Untersuchungen zu Auseinandersetzungen um dogmatische Inhalte bzw. juristische Leitsemantik können damit verbundene semantische Kämpfe um Wissensrahmen transparent machen (vgl. etwa F. Hanschmann: 2007; E. Felder: 2003, 59).

„Das Ziel der an dem semantischen Kampf Beteiligten liegt darin, den jeweils eigenen Interpretationsvorschlag auf Kosten des Gegners so durchzusetzen, dass die betreffende Bedeutungserklärung als einzig legitime Interpretation des Normtextes im Hinblick auf den Fall akzeptiert wird.“ (R. Christensen & H. Kudlich: 2002)

Ein weiterer, noch kaum erforschter (nicht-polemisch eingenommener) Bereich betrifft das Verhältnis von juristischer Fach- und Gemeinsprache bzw. allgemein die Medialität von rechtlichen Normen (vgl. E. Felder: 2003). D. Busse (1998, 40ff.) kondensiert die wesentlichen Aspekte der Fachsprache des Rechts in den Stichpunkten: Fachlichkeit (komplexes Fachwissen insbesondere für die interne Kommunikation); Intertextualität (häufig implizit präsupponierte Netze von Texten und analog Wissensrahmen); Normativität (als das „zentrale Thema der Rechtstheorie schlechthin“); Funktionalität und Institutionalität (Juristische Dogmatik). Doch Rechtssprache ist nicht gleich Rechtssprache: Nach Busse lassen sich (mindestens) drei Typen der Rechtssprache qualifizieren (ebd., 25f.):

1. „Fachsprache der Institutionen des Rechts selbst“ (Gerichte, Rechtswissenschaft usw.);
2. „Sprache der auf dem Recht fußenden Institutionen“ (Sprache der Ämter, Verwaltungen u.ä.); sowie
3. rechtliche Termini „gerade im Kernbereich der Gesetzesbegriffe“, die jedoch „zugleich Ausdrücke der Gemeinsprache“ sind.

Auch der juristische Wortschatz, wie sich bereits andeutete, ist von höherer Komplexität und bedarf einer gesonderten Herangehensweise im Vergleich etwa zu Fachsprachen wie der der Linguistik; Busse (ebd., 34f.) unterscheidet hier wiederum drei Beschreibungsebenen:

1. „Termini technici des Rechts“: „Wörter, die keine Gesetzesbegriffe sind, sondern Bestandteile der juristischen Arbeitssprache und die einen relativ klaren und festgelegten Sinn aufweisen“ (z.B. Unterlassungsklage, Sicherungsübereignung, Einlassungsfrist usw.)
2. „Rechtsbegriffe im engeren Sinn“: „Wörter, welche das materielle Recht inhaltlich tragen und definieren. Viele dieser Rechtsbegriffe sind zugleich Gesetzesbegriffe“;
 - a. „Gesetzesbegriffe“

- b. „außergesetzliche Begriffe bzw. rechtsdogmatische Begriffe“: „werden in den Gesetzeskommentaren [u.a.] dazu gebraucht, um Gesetzesbegriffe näher auszulegen und inhaltlich zu bestimmen.“
3. „Rechtsinstitute“ als „Wissensrahmen“: „komplexe Wissenszusammenhänge über die juristischen Funktionen und vor allem Anwendungsmöglichkeiten dieses Rechtsinstituts. [...] Solche komplexen Wissensrahmen finden ihren Niederschlag in umfangreichen Textnetzen, die aus Gesetzestexten, Gerichtsurteilen, Kommentartexten, rechtswissenschaftlichen Texten usw. zusammengesetzt sind.“

Die Untersuchung der juristischen Fachsprache stellt allerdings bisherige Konzepte der (Text-) Linguistik auf die Probe: die „spezifische institutionsbedingte Funktionsweise der Rechtssprache bzw. vor allem der Gesetzesprache macht eine gegenstandsspezifische Anpassung zentraler Termini [...] notwendig“ (D. Busse: 2000b, 1384). Besonders deutlich wird das im Bereich der ebenso bislang nur geringfügig erforschten Varianz an Textsorten in der Fachdomäne Recht. Bisherige Unterscheidungskriterien wie Textfunktion, -intention oder auch schon Textkohärenz stoßen hier an ihre Grenze (denn eine ‚normative‘ Textfunktion kommt einer Vielzahl, sehr heterogener Rechtstexte zu). Einen grundlegend viel versprechenden Ansatz bietet D. Busse (2000c) in seiner Unterscheidung von 9 Texttypen:

1. Textsorten der förmlichen Normtexte
2. Textsorten der Normtext-Auslegung
3. Textsorten der Rechtsprechung
4. Textsorten des Rechtsfindungsverfahrens
5. Textsorten der Rechtsbeanspruchung und Rechtsbehauptung
6. Textsorten des Rechtsvollzugs und der Rechtsdurchsetzung
7. Textsorten des Vertragswesens
8. Textsorten der Beurkundung
9. Textsorten der Rechtswissenschaft und juristischen Ausbildung

Normativität juristischer Fachtexte scheint dabei – auch historisch betrachtet – unmittelbar mit seiner Medialität verknüpft zu sein: Die noch heute vorherrschende Vorstellung einer subjektneutralen, „korrekte[n] Erkenntnis des Gesetzesinhalts“ (vgl. o.) etwa führen R. Christensen und K. Lerch (2007) auf die justitianische Kodifizierung des römischen Rechts in seinem „deduktiv-exegetische[n] Denken“ zurück (ebd., 224). Die Sinntotalität des Gesetzestextes als eine „Metaphysik des [Gesetz-]Buches“ (ebd., 223) begründete sich in frühen Sammlungen juristischer Kanontexte in der diskursiv schließenden Form der Pergament-Codices, die nach dem Gebot Justinians als widerspruchsfreies Ganzes absolute Geltung beanspruchten: „aus dem Kodex [wurde] eine Kodifikation“ (ebd., 228). Erst mit der Entwicklung neuer Medien, so die Autoren, werde das Recht als Hypertext, das subjektive „Navigieren“ durch Normtexte und die daraus schließende Rechtsschöpfung stärker in den Fokus gerückt (ebd., 246).

Demokratiethoretische Relevanz erhält seit langem die kontrovers, jedoch in neueren Arbeiten linguistisch weitaus unpolemischer¹¹ geführte Diskussion um eine mangelnde Verständlichkeit des Rechts (vgl. auch I. Radtke: 1981). Während oberste Richter¹² und andere Kritiker (etwa D. Sternberger: 1981) monieren, die juristische Fachsprache verstoße als für Bürgerinnen und Bürger gänzlich unverständlich gegen das verfassungsrechtliche Bestimmtheitsgebot, halten rechtslinguistische Untersuchungen eine allgemeine Verständlichkeit der Rechtssprache für unmöglich (vgl. D. Busse: 2002): Man überfordere die Rechtssprache, wüsste man sie sowohl als Garant institutioneller Rechtsarbeit als auch als Mittel öffentlicher Kommunikation. „Mit anderen Worten: Unser Rechtssystem lebt mit einer Fiktion, die sprachtheoretisch jeder Grundlage entbehrt.“ (ebd.) Reflektierte und realisierbare Verbesserungsvorschläge wurden bislang von rechtslinguistischen Untersuchungen jedoch nicht formuliert, hingegen in Ansätzen der Gesetzgebungslehre (vgl. u.a. R. Bender: 1984; G. Müller: 1984; R. Motsch: 1984). Da jedoch diese Literatur noch kaum Berücksichtigung findet und Linguisten erst am Beginn legislatorischer Intervenierung stehen (vgl. o.), bleibt die Vermittlung juristischer Inhalte bislang weitestgehend auf die Medienberichterstattung verwiesen (S. Jutzi: 1998, 1358). Der Zusammenhang von Rechts-(text)arbeit und Medienberichterstattung bzw. der Transformationsprozesse von Alltagssprachlich und fachsprachlich konstituierten Sachverhaltsbeschreibungen ist im Detail bisher jedoch nur von einzelnen Studien berücksichtigt worden (vgl. E. Felder: 2003).

So herrschen in der rechtslinguistischen Forschung nach wie vor an vielen Stellen mehr Fragen als Antworten: doch insbesondere im Bereich Normgenese sind selbst rechtslinguistische Fragen rar.

(5) Linguistische Diskursanalyse. Auf den ersten Blick eines Juristen hat die sich seit den späten 70er Jahren etablierte Linguistische Diskursanalyse mit rechtlichen Normen wohl nur Geringfügiges gemein. Am wenigsten gar mit der älteren, seit dem 16. Jahrhundert tradierten Bedeutung des Nomen *Diskurs* als ›Verkehr, Umgang, Gespräch‹. In der Linguistik der 1980er und frühen 1990er Jahre erscheint zudem *Diskursforschung* als „Sammelbegriff für

11 Vgl. dagegen etwa H. Forthingham (1981, 114): Der Fehler des Rechts(miss)verstehens liege beim Bürger selbst. Der sei nicht „klug“ genug: „Der Bürger ist im demokratischen Rechtsstaat der letzten Jahrzehnte zwar mündiger, nicht aber im gleichen Maße auch klüger geworden. Das Recht auf Mitwirkung, das ihm in vielen Institutionen der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens eingeräumt worden ist, hat bei vielen Bürgern die Vorstellung aufkommen lassen, nicht nur in grundsätzlichen und für den Laien überschaubaren Fragen, sondern in allen Fragen mitreden zu können.“

12 Das BVerfG (BVerfGE 5, 25ff., 31, 33f.) geht etwa davon aus, dass Gesetze „um den Anforderungen der Rechtssicherheit zu genügen, für den Rechtsunterworfenen klar erkennen lassen“ müssten, „was Rechtens sein soll“; Gesetze, die nicht „ohne Zuhilfenahme spezieller Kenntnisse, die wohl bei den mit der Sache befassten Verwaltungsbehörden und Gerichten, nicht aber beim Rechtsunterworfenen vorausgesetzt werden können“, seien auf Grund Art. 20 GG (Unbestimmtheit) nichtig. Vgl. auch BVerfGE 17, 306, 314.

Gesprächsanalyse, Konversationsforschung und Dialoganalyse“ (I. Warnke: 2007a, 3ff.; vgl. auch I. Warnke: 2002, 7ff. und A. Gardt: 2007). Erst mit neueren Ansätzen in der Textlinguistik entwickelte sich ein Diskursbegriff als einzelne Texte bzw. Äußerungen übergreifende semantische Einheit gesellschaftlicher Interaktion. Unter Diskurs wird hierbei mit Rückgriff auf die einschlägigen Arbeiten Michel Foucaults (1973, 1974a, 1974b) mehr oder weniger „die Auseinandersetzung mit einem Thema“ verstanden,

- „die sich in Äußerungen und Texten [...] niederschlägt,
- von mehr oder weniger großen gesellschaftlichen Gruppen getragen wird,
- das Wissen und die Einstellungen dieser Gruppen zu dem betreffenden Thema sowohl spiegelt
- als auch aktiv prägt und dadurch handlungsleitend für die zukünftige Gestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit in Bezug auf dieses Thema wirkt.“ (A. Gardt: 2007, 30)

Diskurse sind damit konstitutiv für gesellschaftliche Episteme (Wissensrahmen), als Einheiten isoliert (z.B. als untersuchungsrelevante Textkorpora) jedoch selbst Konstrukte (vgl. D. Busse: 2000d, 47; W. Teubert: 2006).

Vor diesem Hintergrund liegt trotz unterschiedlicher Gewichtung das weitestgehend gemeinsame Erkenntnisinteresse diskursanalytischer Ansätze in den Konstitutionsbedingungen von und Auseinandersetzungen in gesellschaftlichen Diskursen auf den Ebenen der Sprache, der Akteure (Individuen, Gruppen usw.), der Wissensrahmen (individuelle Konzepte bzw. Frames, Gruppenkonzepte bzw. Ideologien) sowie der Macht bzw. Hegemonie.

Gleichwohl haben sich in den vergangenen Jahren in den jeweiligen Fachdisziplinen verschiedene Schwerpunkte und methodische Ausdifferenzierungen der Diskursanalyse entwickelt¹³: Einer der ersten Ansätze, die auf die historische Genese und politische Brisanz von Wörtern und ihren Bedeutungen fokussiert, bildet die „Begriffsgeschichte“ als eine Form historischer Quellenkritik (R. Kosseleck: 1979, 2006), die später insbesondere F. Hermanns und D. Busse zu einer historischen Semantik, „Mentalitätsgeschichte“ und linguistischen Diskurshermeneutik weiterentwickelten (vgl. F. Hermanns: 1994, 1995, 2007; D. Busse: 1987, 2000a):

„Die Geschichte der Begriffe spiegelt nicht in einer simplen Weise materielle oder politische Interessen wider - das tut sie auch. Vielmehr zeigt die Geschichte der Begriffe, dass in ihr die sprachlichen Eigenleistungen enthalten sind, die jedermann aufbringen muss, der seine Welt zu erkennen oder zu beeinflussen sucht. Die Begriffe haben also auch eine eigene, sprachimmanente Geschichte.“ (R. Koselleck: 2006, 57)

13 Primär sozialwissenschaftliche und nur am Rande auf sprachliche Kategorien zurückgreifende Diskursanalyseansätze sowie deontisch orientierte diskursethische Konzepte (J. Habermas: 2009) werden im Folgenden ausgeklammert; einen Überblick vermitteln B. Kerchner (2006) für die Politikwissenschaft sowie R. Keller (²2008, 21-96) für die Wissenssoziologie.

Auf den Ebenen der Lexeme, Syntagmen, Sätze, Texte und Bilder untersucht E. Felder „handlungsleitende Konzepte“ (1995; 2000, 17; 2009) von Diskursakteuren in „semantischen Kämpfen“ (2006a, 2006b). Felder geht dabei der Frage nach, wie Diskursakteure in verschiedenen Wissensdomänen „bestimmte sprachliche Formen als Ausdruck spezifischer, interessengeleiteter Handlungs- und Denkmuster“ dominant zu setzen versuchen (2006b, 17).

Zur Operationalisierung Frame-basierter Diskursanalysemodelle zeigt K. P. Konerding (1993, 1997, 2008) in Anlehnung an die Frametheorie von L. Barsalou ein Verfahren, mit dem

„sich Beschreibungsrahmen für allgemeinste semantisch-sortale Typen [von] Konzepte[n] konstruieren lassen, und zwar unter Rückgriff auf semantische Typisierungen von Substantiven und Verben, verbale Argumentationsstrukturen sowie Topik-Prädikationsstrukturen der deutschen Standardsprache.“ (K. P. Konerding; 2005, 15f.)

Hierfür reduziert Konerding auf Basis von Wörterbuchlemmata systematisch Hyperonymtypen zu abstrakten Oberkategorien (Substantivklassen wie Gegenstand, Organismus, Person/Aktant, Ereignis u.a.) und generiert auf der Basis von Thesaurus-Prädikationsschemata methodische Fragestellungen, die Aufschluss über Frame-Slot(-Value)-Strukturen in Texten geben können. In einer Weiterentwicklung beschreibt Konerding (2007) ein Analysemodell, das auf einem kognitionslinguistischen Konzept thematischer Kohärenz basiert und durch Beschreibung von textbasierten Makropropositionen und Diskurstopics / Framestrukturen „als spezifikationsbedürftige Wissensbestände bei Interaktionspartnern“ (ebd., 110) sichtbar zu machen verspricht. Die ausgefeilte Systematik der konerding'schen Ansätze (insbesondere von A. Ziem: 2008a, 2008b aufgegriffen und zu einer „Frame-Semantik“ reformuliert) wird jedoch als wenig praktikabel kritisiert; es sei unklar, „wie das Modell über die Analyse einzelner Äußerungen hinaus auf eine Vielzahl von Texten angewendet werden“ könne. (M. Wengeler: 2007, 166)

Anlehnend an bisherige Framemodelle und ohne Anspruch, eine erweiterte Bedeutungstheorie liefern zu wollen, konzipiert M. Wengeler (2003, 2007) eine „handhabbare und flexible Methode [...], um Ordnung in eine Vielzahl von Texten eines Diskurses zu bringen und um auf Grundlage dieser Ordnung verschiedene Fragestellungen zu verfolgen.“ (Wengeler: 2008, 184): „Topoi“ sind hierbei

„die nur plausiblen, überzeugungskräftigen, aber nicht unbedingt logisch wahren Argumente [...], mit denen in öffentlich-politischen Debatten Meinungen, Beschlüsse, Handlungen explizit begründet, konversationell impliziert oder auch nur insinuiert werden. Und diese wiederum geben Aufschluss über die üblichen und verbreiteten Denkweisen, das kollektive Wissen bezüglich eines Themenfeldes, das mit Wahrheit oder Logik nichts zu tun haben muss.“ (ebd., 167)

Als „Kompendium aktueller methodologischer Diskussion“ stellen I. Warnke und J. Spitzmüller (2008a, 23ff.; 2011, 121ff.) eine „Diskurslinguistische Mehr-Ebenen-Analyse (DIMEAN)“ vor. Sie integrieren die unterschiedlichsten Ansätze von der Wort-, über Satz- und Topoi- bis hin zu komplexen pragmatischen Text-, Kotext- und Kontextanalysen in eine übersichtliche

und theoretisch weitestgehend konsistente Synopse. Tatsächlich praktische, gar ‚standardisierte‘ Handlungsanweisungen für konkrete Analysen können daraus jedoch bislang noch nicht generiert werden.

Kritische Diskursanalyse (KDA) der Duisburger Schule um S. Jäger und Critical Discourse Analysis (CDA) um T. van Dijk (1993; 1995), N. Fairclough (1992) sowie R. Wodak (N. Fairclough & R. Wodak: 1997, R. Wodak & G. Weiss: 2002) zielen weder in erster Linie auf die Beschreibung linguistischer Kategorien, noch verstehen sich die Ansätze als eigenständige Diskurstheorie oder -methode (Grundtermini der CDA bei T. Milani, & S. Johnson: 2008):

„Any adequate method may be used in CDA research. Rather, CDA is a *movement* of – theoretically very different – scholars who focus on social issues and not primarily on academic paradigms. We typically study the many forms of (the abuse of) power in relations of gender, ethnicity and class, such as sexism and racism. We want to know how discourse enacts, expresses, condones or contributes to the reproduction of inequality. At the same time, we listen to the experiences and the opinions of dominated groups, and study the most effective ways of resistance and dissent.“ (T. van Dijk: 2004)

Aufbauend auf K. Marx, der Frankfurter Schule, A. Gramsci, S. Hall, L. Althusser und M. Foucault sowie unter Einbeziehung von Situationskontext, Textproduktionsprozessen und konkreter Textanalyse (N. Fairclough: 1992, 213), sprachlich-rhetorischer Mittel und inhaltlich-ideologischer Aussagen (S. Jäger: 2004, 175ff.) versuchen CDA und KDA „Diskursstränge (und/oder Verschränkungen mehrerer Diskursstränge) historisch und gegenwartsbezogen zu analysieren und zu kritisieren“ (ebd., 171). „Kritik“ heißt in diesem Kontext zweierlei: Zum einen gilt es den ForscherInnen kritisch im Kantschen Sinne die Prämissen gesellschaftlicher Episteme bzw. Denkschemata zu untersuchen und ihre unerkannten Folgen insbesondere auch für die eigene Forschungsarbeit aufzudecken. Zum anderen richtet sich die „Kritik“ von CDA und KDA als ‚engagierte Wissenschaft‘ gegen gesellschaftliche Missstände wie (Alltags-)Rassismen, Ausgrenzung oder Ungerechtigkeiten, was sich in Wahl und Auswertung ihrer Untersuchungsdomänen niederschlägt.

Neuere korpuslinguistische Ansätze (N. Bubenhofer: 2008; 2009) schließlich suchen Wege, Diskurse mittels statistischer Verfahren zu „berechnen“. Mittels induktivem, sog. corpus driven- Ansatz und auf der Basis von korpusvergleichenden Berechnungen von N-Grams bzw. Mehrworteinheiten (MWE) gelingt es Bubenhofer, für einen Diskurs zentrale Topoi zu identifizieren und sichtbar zu machen. F. Vogel (2010b, 2010c) versucht außerdem mittels umfassender, semiautomatischer Kontextanalysen auf Basis von Großkorpora sprachliche Images und Stereotype zu eruieren.

Die Heterogenität der verschiedenen Ansätze diskurslinguistischer Provenienz in Theorie und Praxis haben in den vergangenen Jahren zu zahlreichen Kontroversen geführt. Aktuell und für die weitere Forschungsentwicklung prägend ist hierbei ein Dissens um die folgenden Paradigmen:

(a) Kritik versus Multiperspektivität: Zahlreiche Vertreter linguistischer Diskurstheorien werfen u.a. mit Verweis auf eine spezifische Foucaultrezeption¹⁴ Ansätzen kritischer Diskursanalyse (KDA/CDA) vor, das „sprachwissenschaftliche Potential zur Erklärung von textgebundenen Aussagen für eine Kritik öffentlicher Kommunikation in Anspruch“ zu nehmen. (I. Warnke: 2007a, 7) Als „deskriptive“ Diskursanalyse halte man „explizite Wertungen nicht nur für unangebracht, sondern [...] sogar für unwissenschaftlich.“ (I. Warnke & J. Spitzmüller: 2008a, 19) Wissenschaft habe sich expliziten Wertungen zu enthalten und (in der Tradition P. von Polenz²) summarisch-multiperspektivisch den unterschiedlichen Diskurspositionen zu widmen.

Dem halten Vertreter engagierter Wissenschaft m.E. zu Recht entgegen, dass WissenschaftlerInnen nicht im luftleeren Raum, „sondern als solche auch eingebunden [...] in die obwaltenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse und -konstellationen bzw. in den gesellschaftlichen Gesamtdiskurs“ (S. Jäger: ⁴2004, 217) agieren.

„[...] der positivistische Traum von der perfekten epistemologischen Unschuld verschleiert die Tatsache, dass der wesentliche Unterschied nicht zwischen einer Wissenschaft, die eine Konstruktion vollzieht, und einer, die das nicht tut, besteht, sondern zwischen einer, die es tut, ohne es zu wissen, und einer, die darum weiß und sich deshalb bemüht, ihre unvermeidbaren Konstruktionsakte und die Effekte, die diese ebenso unvermeidbar hervorbringen, möglichst umfassend zu kennen und zu kontrollieren.“ (P. Bourdieu: 1997a, 394)

Das Postulat traditioneller Diskurslinguistik, sich rein deskriptiv jeder Wertung entziehen zu können, erscheint damit ferner für verkürzt und unreflektiert: Selbstverständlich ist eine Bemühung um wertneutrale Analysearbeit nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig, um Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Diskussion der Forschungsergebnisse zu gewährleisten. Dennoch können sich WissenschaftlerInnen als (dazu von der Solidargemeinschaft finanzierte) Teile der Gesellschaft nicht ihrer Verantwortung entziehen, auch gesellschaftsrelevante Schlussfolgerungen aus ihren Analysen zu ziehen. – Auch, oder gerade um den Preis, sich mit besonderem Wissen in gesellschaftlich kontroverse Debatten einzubringen und damit wiederum öffentlichem Widerspruch auszusetzen.

Zudem korreliert m.E. die Präferenz für einen ‚unschuldigen‘ Multiperspektivismus mit einer aktuellen und wissenschaftspolitisch geförderten

14 Diskurslinguistische Gegner (gesellschafts)kritischer Wissenschaft berufen sich gerne und wiederholt auf Foucault, der sich jeglichen Definitionen und Geltungsansprüchen widersetzt habe (vgl. D. Busse: 2008, 64; I. Warnke & J. Spitzmüller: 2008a). Allein, das Werk Foucaults ist nicht nur äußerst heterogen (vgl. auch R. Keller: ²2008, 147), es finden sich insbesondere in seinen späteren Lebensjahren zahlreiche Hinweise in seiner Arbeit, die sich als engagierte Wissenschaftsarbeit verstehen lassen (man denke nur an seinen Einsatz für die Verbesserung der Haftanstalten). Richtig ist sicherlich, dass Foucault „kein politischer Aktivist im simplen Sinne“ gewesen ist, „aber wenn man die Interviews mit ihm liest, weiß man sofort, dass seine Arbeit relevant ist für Widerstand, Sexualpolitik, ‚1968‘, die Debatte über den Westen, die Natur staatlicher Macht, den Gulag; sie hat politische Implikationen.“ (S. Hall: 2000, 143; vgl. auch W. D. Narr: 2006, 351)

Ideologie, die der Idee der Selbstregulation neoliberaler Marktgesetze überraschend nahe steht. Dies legt auch eine Studie von T. Karasek (2009) nahe: ihrem Resümee nach gebe es etwa im Globalisierungs- und Reformdiskurs eine „Ideologie der Ideologielosigkeit“, die dem Postulat einer „vermeintliche[n] ‚Werturteilsfreiheit‘“ traditioneller Wissenschaftskonzepte entspreche. (ebd., 82)

Schließlich deutet sich hier auch ein tiefer liegendes Problem konstruktivistisch orientierter Wissenschaftstheorie an. Gemeint ist (ohne hier im Einzelnen darauf eingehen zu können) die Neutralisierung und Immunisierung diskurstheoretischer Ansätze gegenüber aktuellen, sozialkonstruktivistisch belegbaren Gesellschaftskontexten. Die radikale Ablehnung jeglicher (auch implizit sozialkonstruktivistischer) ‚Objektivismen‘ führt m.E. in eine Sackgasse, die in den traditionellen Diskurslinguistikansätzen offenbar auch stillschweigend registriert, jedoch nicht konstruktiv diskutiert wird: Denn wenn alles nur konstruiert wäre, machten diskursanalytische Erkenntnisse genau genommen keinen Sinn. „Den Texten merkt man dann eine gewisse Scheu an, jede Erkenntnis, sozusagen ohne Rest, in Perspektiven aufzulösen.“ (A. Gardt: 2007, 37)

Diskursanalytische Studien machen jedoch sehr wohl Sinn: Sie können Aufschluss geben über gesellschaftliche und sprachlich konstituierte Wissens- als Machtstrukturen und sind damit geradezu dafür prädestiniert, diese transparent in die Öffentlichkeit zu tragen und die Mitbürgerinnen und Mitbürger bei der Realisierung demokratischer, i.e. gleichberechtigt verhandelbarer Kräfteverhältnisse zu unterstützen. WissenschaftlerInnen haben die Wahl:

„Entweder stellen sie ihre rationalen Erkenntnisinstrumente in den Dienst einer immer rationalisierten Herrschaft, oder sie analysieren rational die Herrschaft und insbesondere den Beitrag, den das rationale Bewusstsein zur faktischen Monopolisierung der Gewinner der universalen ratio leistet.“ (P. Bourdieu: 1997b, 106).

Die vorliegende Studie versteht sich in Auswahl und Umsetzung der Untersuchungsgegenstände als Beitrag kritischer, aber analytische Beschreibung und (anschließende) Bewertung trennender Wissenschaft.

(b) Methodenpluralismus versus Standardisierung: Während in der Theoriegrundlage linguistischer Diskursanalysen inzwischen große Teile als allgemein anerkannt gelten können, besteht in der methodischen Umsetzung noch weitestgehend Heterogenität. Vor diesem Hintergrund werden daher inzwischen vereinzelt Forderungen nach Standardisierung (vgl. I. Warnke & J. Spitzmüller: 2008a, 3ff.) und „Gütekriterien“ (A. Busch: 2007, 149ff.) für Diskursanalysemethoden laut. Eine bislang fehlende Standardisierung diskurslinguistischer Forschung zu beklagen, halte ich aus zwei Gründen jedoch für unangemessen: Erstens steht die Diskurslinguistik einem aus linguistischer Perspektive noch kaum erforschten, sich beständig im Wandel begriffenen Medienkomplex gegenüber, so dass es angemessene Methoden zunächst zu erproben gilt (diese „Proben“ sollten jedoch auch als solche

kenntlich gemacht werden); zweitens sind Diskurse Phänomene, die nicht nur aus forschungspraktischen Gründen immer nur ausschnitthaft beschrieben werden können, folglich eine streng standardisierte Methode der Diskurslinguistik (vergleichbar mit den empirischen Ansätzen in den Sozialwissenschaften) m.E. weder möglich noch wünschenswert ist.

(c) Untersuchungsgrundlage und Medienpluralität: Frühere Diskursanalysen zogen ihre Resümees teilweise schon auf der Grundlage weniger Einzeltexte. Heute wird die Relevanz umfassender Korpora zwar immer häufiger hervorgehoben, doch die teilweise sehr umfassenden Untersuchungsmethoden zwingen viele Arbeiten, sich wiederum auf eine (zuweilen zu) geringe Textauswahl oder Textausschnitte zu beschränken. Die Auswahl der Texte erfolgt dabei bis heute meist intuitiv, in dem Bemühen, möglichst alle für den Diskurs ‚relevanten‘ Texte zu erfassen. Ein solches Verfahren liegt auch nahe bei einer forschungspraktischen Konzeptualisierung des Diskurses als „virtuelle Textkopora, deren Zusammensetzung durch im weitesten Sinne inhaltliche (bzw. semantische) Kriterien bestimmt wird“ (D. Busse & W. Teubert: 1994, 14): Zu einem Diskurs gehörten demnach alle Texte, die

„sich mit einem als Forschungsgegenstand gewählten Gegenstand, Thema, Wissenskomplex befassen, untereinander semantische Beziehungen aufweisen und/oder in einem gemeinsamen Aussage-, Kommunikations-, Funktions- oder Zweckzusammenhang, stehen,

den als Forschungsprogramm vorgegebenen Eingrenzungen in Hinblick auf Zeitraum/Zeitschnitte, Areal, Gesellschaftsausschnitt, Kommunikationsbereich, Texttypik und andere Parameter genügen,

und durch explizite oder implizite (text- oder kontextsemantisch erschließbare) Verweisungen untereinander Bezug nehmen bzw. einen intertextuellen Zusammenhang bilden.“ (ebd.; vgl. auch Kritik bei I. Warnke: 2007a, 8)

Auch die Verfügbarkeit von Texten war bislang ein die Untersuchung beherrschendes Paradigma. Doch mit dem Zugang zu umfassenden digitalen Textarchiven und fortgeschrittener computerlinguistischer Technologie lassen sich mittlerweile Alternativen für weniger intuitiv gesteuerte Korpuszusammenstellungen und -analysen denken (vgl. M. Müller & F. Vogel: in Vorb.).

Ein weiterer Kritikpunkt ergibt sich dabei in der traditionellen Wahl ‚diskursrelevanter‘ Texte überwiegend aus dem Printbereich (insbesondere von sog. Qualitätszeitungen, Zeitschriften u.ä.). Dabei wird jedoch gerade im ‚Internetzeitalter‘ häufig unterschätzt, „dass sich gesellschaftliche Diskurse in Medienverbänden konstituieren“ (vgl. C. Fraas: 2005, 100) und damit gänzlich neue Formen kommunikativer Interaktion realisieren (Online-Foren, Blogs, Wikis u.ä.). Diese Diskursformen auszuklammern kann gerade bei Debatten über neuere Technologien bzw. damit verbundene Sachverhalte (wie die Online-Durchsuchung) möglicherweise zu problematischen Fehleinschätzungen führen und bedarf daher methodisch besonderer Sorgfalt (vgl. C. Fraas & Chr. Pentzold: 2008, 287).

(d) Intuition als Leitwerk durch die Semantik von Diskursen und Texten: Die größten Herausforderungen diskurslinguistischer Arbeit dürften schließlich in ihrem intuitiven Verständnis der Interpretationsarbeit liegen. Denn trotz umfassender hermeneutischer Theorie wird implizit davon ausgegangen, dass sich die ‚Sprachsysteme‘ des Analytikers mit denen der Textautoren (zumindest weitgehend) deckten und dies eine gewisse Stabilität für die Identifizierung sprachlicher Besonderheiten lieferte. Genau genommen werden in der Analyse diskursiver Zusammenhänge folglich trotz Kritik an der generativen Grammatik (z.B. A. Ziem: 2009, 174) in der Praxis die gleichen Voraussetzungen geltend gemacht. Es gilt derzeit zumindest implizit auch in der linguistischen Diskursanalyse die Annahme eines „idealen Sprecher-Hörer[s]“,

„der seine Sprache vollkommen beherrscht und keinen Beeinträchtigungen der Performanz unterliegt. Dieser hat jedoch kein empirisches Korrelat. In der wissenschaftlichen Praxis sind die idealen Sprecher-Hörer überraschenderweise immer identisch mit den jeweiligen Linguisten.“ (L. Christmann: 2006, 16ff.)

Die Berufung auf die individuelle Sprachkompetenz als Referenzgrundlage für Text- und Diskurstudien kann jedoch nicht (alleiniger) Maßstab für konsistente, im Zweifelsfall reproduzierbare Interpretationen darstellen. Der Versuch scheitert nicht erst an der unterschiedlichen Prägung der jeweiligen Wissensrahmen, der politischen Voreinstellungen und Prädispositionen des individuellen Analysierenden, sondern bereits an allgemeinen kognitiven Heuristiken¹⁵. Verschiedene Überlegungen (P. Baker: 2006; P. Baker et al: 2008 u.a.) versuchen daher, korpuslinguistische, i.e. computergestützte Verfahren kontrastiv zur Ergänzung qualitativer Arbeit zu entwickeln. Die vorliegende Arbeit knüpft in Teilen methodisch hieran an.

(6) Diskursanalyse und Rechtslinguistik. Eine auf Foucault basierende Diskurslinguistik eignet sich in geradezu paradigmatischer Weise zur Analyse rechtslinguistischer Sachverhalte. Die foucaultsche Perspektive, Diskurssemantik als Teil komplexer, subjektübergreifender und intertextueller Verflechtungen zu konzeptualisieren, entspricht der Anlage von Rechtsnormtexten und der damit verbundenen juristischen Textarbeit. Auch hier gilt:

„Die Bedeutung und Funktion von Ausdrücken und Aussagen sind [...] nicht allein textintern durch Kontexte reguliert und auch nicht intendiert, sondern resultieren aus der Streuung und Überlagerung von Sprache in diskursiven Netzen.“ (I. Warnke: 2007a, 12)

15 Heuristiken sind mentale Abkürzungen, „Prozess- [...] Optimierungsmodelle [...] begrenzter Rationalität“, um möglichst schnell zu für den jeweiligen Kontext brauchbaren Urteilsentscheidungen zu gelangen. Sie laufen automatisch, in der Regel unbewusst ab und nutzen verfügbare Umweltstrukturen. Hierbei kommt es regelmäßig zu Bias, „systematischen Urteilsverzerrungen.“ (F. Strack & R. Deutsch: 2002, 353) Beispiele solcher Urteilsverzerrungen sind etwa der Ankereffekt, Persuasionsheuristiken, Rekognitionsheuristiken, „how do i feel about it“- und (die in der Praxis am häufigsten auffallende) Repräsentativitätsheuristik. (vgl. zusammenfassend: G. Gigerenzer & W. Gaissmaier: in press, 3f.)

Die Diskurslinguistik ermöglicht durch ihr Sprache fokussierendes, Ko(n)texte in die Interpretation integrierendes Methodenrepertoire einen prinzipiellen Zugang in die Textnetze des Rechts. Einzelne Normtexte verlieren ihren individuellen Status und werden verstanden als konstitutiver Teil juristischer Wissensarchitekturen:

„[...] intertextual analysis has an important mediating role in linking text to context. What intertextual analysis draws attention to is the discursive processes of text producers and interpreters, how they draw upon the repertoires of genres and discourses available within orders of discourse, generating variable configurations of these resources which are realized in the forms of texts.“ (N. Fairclough: 1992, 213)

Die Anbindung an konstruktivistisch-kognitivistische Prämissen einerseits und pragmatische Theorie andererseits eröffnet diskurslinguistischen Ansätzen den ‚Blick über den Tellerrand‘. Die von Grund auf interdisziplinäre Anlage der Diskurslinguistik ist dabei m.E. flexibel genug, durch empirische Studien sowie den direkten Austausch mit juristischen Praktikern die Komplexität juristischer Institutionen zu erarbeiten. Eine **rechtslinguistische Diskursanalyse** verspricht damit letztlich einen Zugang zur Analyse und Visibilisierung juristischer Normkonstitution als Teil des „gesellschaftliche[n] Zeitgespräch[s]“ (F. Hermanns: 2007, 189).

(7) **Rechtsnorm und Normativität.** Die bisherige Konzeptualisierung und Differenzierung von Normen, Gesetzen und deren Normativität ist ebenso heterogen wie insgesamt die Vielfalt wissenschaftlicher Beschäftigung mit Recht. Im Grunde lässt sich nicht einmal innerhalb einzelner juristischer Teildisziplinen eine einheitliche Bedeutung des Terminus *Norm* eruieren, was mit M. Porsche-Ludwig (2007, 117) wohl zu Recht darauf zurück zu führen ist, dass die einzelnen Konzepte jeweils implizit oder explizit „mit einer ganzen Theorie oder Lehre des Rechts verbunden“ sind. Grundsätzlich lassen sich m.E. dennoch tendenziell mindestens vier unterschiedliche Norm-Konzepte unterscheiden:

1. Das **positivistisch-imperativische Normverständnis** der Traditionellen Rechtslehre fasst Normen einerseits als autonome, subjektlose Abstrakta, andererseits als mit einzelnen Normtexten (Gesetzen, Rechtssätze, Verweisungen usw.) identisch (vgl. auch D. Busse: 1988, 208). Im Zuge subjektiver und objektiver Rechtslehre erhalten rechtliche Normen eine eigenständige ontische Entität, deren ‚Erkenntnis‘ nur dem dogmatischen Rechtsgelehrten zugänglich ist, gleichwohl per definitionem als den Rechtsunterworfenen bekannt vorausgesetzt wird. Entsprechend sind Norm(text) und Normativität bzw. Geltungskraft eins: Sofern eine ‚Rechtsnorm‘ durch die Legislative beschlossen und in Gesetzesform ‚rechtsgültig vorliegt‘, kann sie durch staatliche Exekutivkräfte um- und durchgesetzt werden, ist eine ‚Rechtsnorm‘ qua institutionem ‚normativ‘. Im Hinblick auf die Rechtsunterworfenen korreliert dieses Normkonzept mit der Vorstellung des Rechts als „Konditionalprogramm“, das